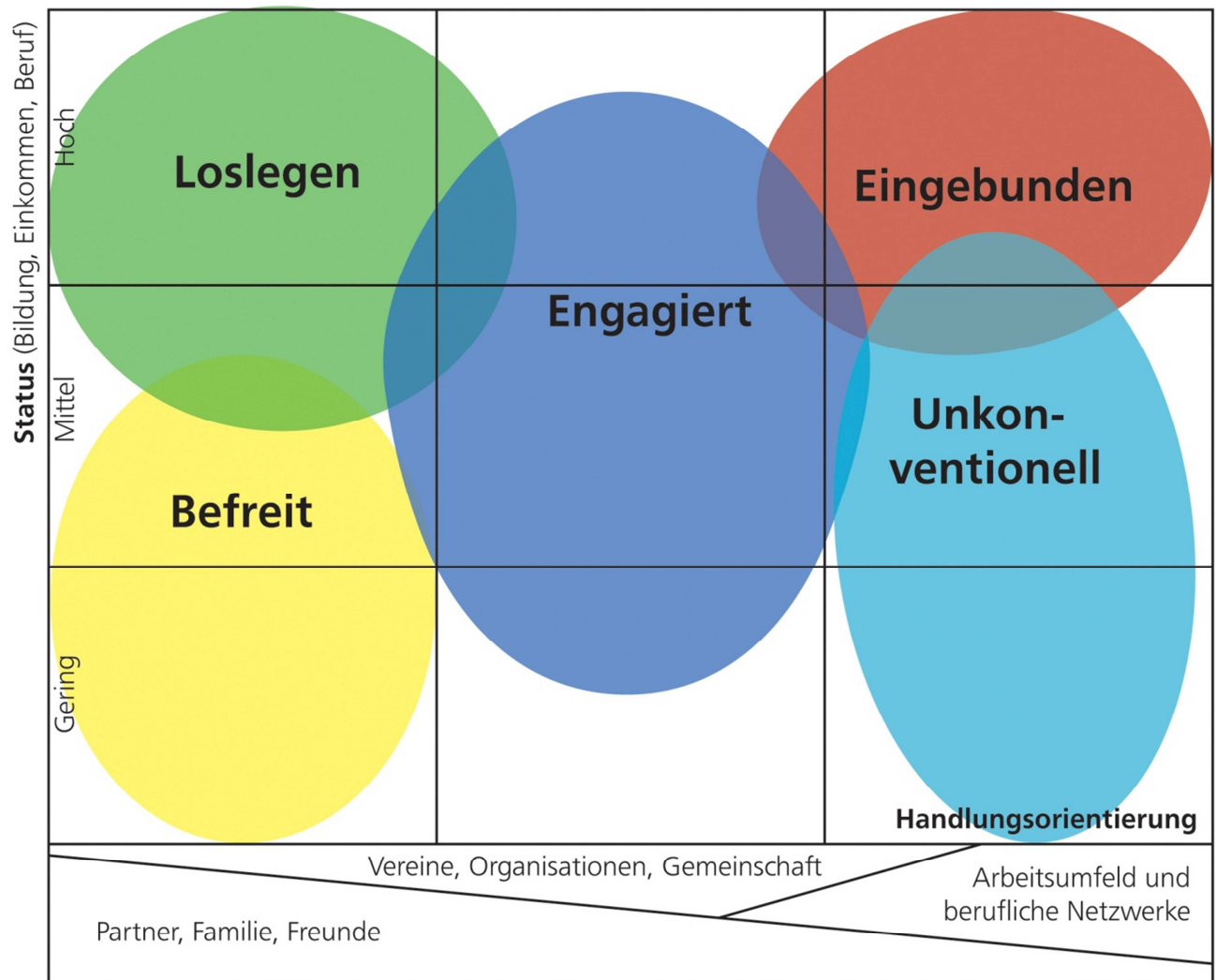


Konsequenzen des demographischen Wandels: Vielfältige Lebensstile im Alter

Handlungsfelder für die öffentliche Verwaltung (Teil 2)

13. April 2011



Co-Auftraggeber

BaslerFonds

Staatskanzlei Kanton Aargau

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)

Bundesamt für Wohnungswesen (BWO)

Der von der Familie von Ernst Basler im Jahre 2001 initiierte BaslerFonds unterstützt die Auseinandersetzung mit zentralen Themen unserer längerfristigen Zukunft.

Die Studie wurde mit Beteiligung des BaslerFonds, des Kantons Aargau, des BSV und des BWO verfasst. Für den Inhalt ist alleine die Autorin verantwortlich.

Projektteam

Joëlle Zimmerli, Christof Abegg, Patrik Hitz; Ernst Basler + Partner

Begleitgruppe

Patrik Hitz; BaslerFonds

Stephan Arnold; Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)

Verena Steiner; Bundesamt für Wohnungswesen (BWO)

Michael Umbricht, Philipp Kuhn, Daniel Fuchs, Katharina Abt, Diana Schramek, Christian Moser, Paul Pfister, Sarah Tresch; Kanton Aargau

Autorin

Ernst Basler + Partner AG

Mühlebachstrasse 11

8032 Zürich

Telefon +41 44 395 16 16

info@ebp.ch

www.ebp.ch

Joëlle Zimmerli

Druck: 14. April 2011

Executive Summary

Die Schweizer Bevölkerung wird deutlich älter. Mit dem beginnenden Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge 1943 bis 1963, den sogenannten Babyboomern, ins Pensionsalter, nimmt die Zahl der über 65-Jährigen bis ins Jahr 2030 um mehr als das Doppelte zu. Noch nie waren der Wohlstand und die Lebenserwartung so hoch, die Gesundheit so gut und der Wille, weiterhin aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben, so gross. Neben dem quantitativen Anstieg sind zwei qualitative Aspekte von besonderer Bedeutung: Die heutigen älteren Generationen haben Bedürfnisse, die sich deutlich von früheren Generationen unterscheiden. Und diese Bedürfnisse sind alles andere als homogen. Innerhalb der Generationen gibt es deutliche Unterschiede, die in Form von individuellen Lebensstilen zum Ausdruck kommen. Daneben begünstigt das Lebens- und Wohnumfeld die Entfaltung des einen oder anderen Lebensstils. Deshalb sind nicht alle Regionen, Städte und Gemeinden gleichermassen von den veränderten Bedürfnissen betroffen. Diese Situation führt dazu, dass sich die öffentlichen Verwaltungen in den Kantonen künftig nicht nur auf eine deutlich gewichtigere und differenziertere Nachfrage nach Dienstleistungen und Infrastrukturen einstellen muss. Es sind auch unterschiedliche Strategien je nach Gemeindetyp oder Region notwendig.

Die geburtenstarken Jahrgänge kommen ins Pensionsalter – und wollen mehr

Die Studie «Konsequenzen des demographischen Wandels. Vielfältige Lebensstile im Alter» geht der Frage nach, wie die öffentliche Verwaltung die unterschiedlichen Lebensstile älterer Generationen und die daraus resultierenden Bedürfnisse differenzierter in eine Alterspolitik aufnehmen und den demographischen Wandel aktiv begleiten kann. Dabei geht es nicht nur darum, die Herausforderungen anzugehen, sondern insbesondere die Chancen zu nutzen. Denn das Alter, in dem eine umfangreiche Pflege notwendig wird, hat sich deutlich nach hinten, in einen vierten Lebensabschnitt, verschoben. Erst dieser letzte Abschnitt ist gekennzeichnet durch starke Abhängigkeit und Pflegebedürftigkeit. Den dritten Abschnitt hingegen wollen viele Menschen dazu nutzen, solange als möglich selbständig und aktiv zu sein.

Die Chancen des dritten Lebensabschnitts

Die Studie wurde von Ernst Basler + Partner mit Unterstützung des Basler-Fonds, dem Kanton Aargau und den Bundesämtern für Wohnungswesen (BWO) und Sozialversicherungen (BSV) erarbeitet. Sie untersucht, losgelöst von normativen Vorgaben eines Auftraggebers, eine zukunftsorientierte Fragestellung, macht Lösungsvorschläge und leistet damit einen Beitrag zur Bewältigung künftiger Herausforderungen. Ziel der Studie ist es aufzuzeigen, wie sich die Bedürfnisse der älteren Menschen und die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern und in welchen Handlungsfeldern öffentliche Verwaltungen mit dem Zeithorizont 2030 den demographischen Wandel aktiv begleiten können. Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen orientieren sich nicht an einem politi-

Verschiedene Unterstützer der Studie

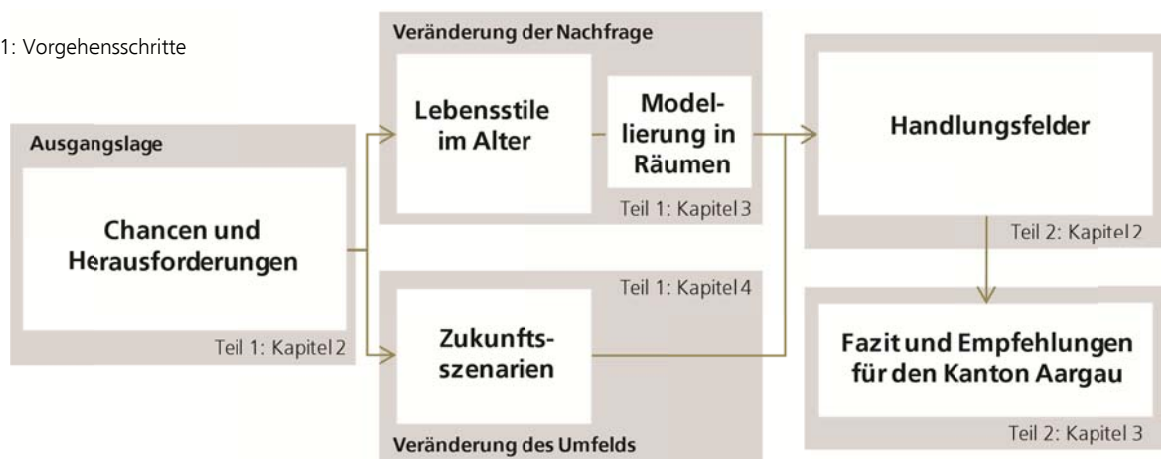
schen Auftrag, sondern an der Frage, mit welchen Ansätzen sich eine öffentliche Verwaltung im Rahmen ihrer Tätigkeiten auf die zu erwartende Veränderungen vorbereiten kann.

Methodik und Vorgehen

Vorgehen in vier inhaltlichen Schritten

Das Vorgehen der Studie verläuft entlang vier inhaltlicher Schritte. Als erstes werden die Chancen und Herausforderungen erarbeitet. Anschliessend werden künftige Lebensstile im Alter beschrieben. Parallel dazu werden vier Zukunftsszenarien hergeleitet. Abgeleitet davon werden schliesslich fünf querschnittsorientierte Handlungsfelder mit einem Zielzustand für das Jahr 2030 formuliert und mit Stossrichtungen unterlegt. Zu jeder Stossrichtung sind beispielhafte Massnahmen beschrieben. Die Erkenntnisse zu den ersten drei methodischen Schritten sind in Teil 1 abgebildet, welcher dem Regierungsrat des Kantons Aargau zur Kenntnis vorgelegt wurde. Die empfohlenen Handlungsfelder aus Sicht der Studienverfasserin werden in diesem Teil 2 dargelegt.

Abbildung 1: Vorgehensschritte



Ein Umfeld im Wandel

Relevante Trends für den demographischen Wandel

Die Veränderung der Lebensstile im Alter findet in einem gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umfeld statt, das selbst grossen Veränderungen ausgesetzt ist. Für den demographischen Wandel sind folgende Trends relevant:

Pluralisierung der Lebensstile

In jungen Jahren findet eine **Pluralisierung der Lebensstile** statt. Diese werden bis ins hohe Alter fortgeschrieben. Ältere Leute sind also nicht mehr gleich ältere Leute.

Mobilität

Die **nationale und internationale Arbeits- und Wohnmobilität** steigt an. Das bedeutet einerseits, dass die Herkunft der künftigen älteren Generationen vielfältiger wird. Auch die verwandtschaftlichen Beziehungen werden loser, denn verschiedene Generationen leben immer weiter voneinander entfernt. Dies führt unter anderem zu einer grösseren Bereitschaft, auch im höheren Alter den Wohnort nochmals zu wechseln. Bei der Wohnstandortwahl berücksichtigen ältere Menschen dabei immer mehr auch

Kriterien wie gute Versorgungsmöglichkeiten, verkehrliche Erschliessung oder Nähe zu kulturellen Angeboten.

Bereits die heutigen, aber noch vielmehr die künftigen Älteren fordern **Selbständigkeit bis ins hohe Alter**. Individualisierte Versorgungs- und Pflegedienstleistungen sowie ein passendes Wohnungsangebot werden deshalb immer wichtiger.

Selbständigkeit

Der **technologische Wandel** schreitet mit grossen Schritten voran. Mit der Unterstützung des Internets und neuen technischen Geräten wird die Selbständigkeit für ältere Menschen viel länger realisierbar sein. Und spätestens mit der Generation, die in zehn Jahren ins Pensionsalter kommt, wird die Nutzung des Internets auch bei den über 65-Jährigen selbstverständlich sein.

Technologischer Wandel

Die Vervielfältigung der Lebensstile im Alter

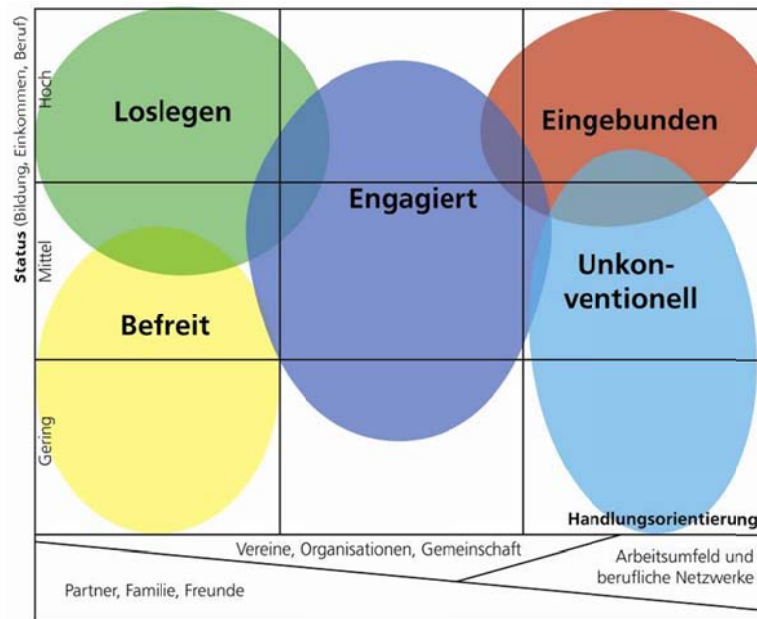
Eine nicht-repräsentative Befragung von älteren Personen hat ergeben, dass die Bedürfnisse sehr heterogen sind. So haben sich die einen bereits jetzt problemlos auf den technologischen Wandel eingestellt und nutzen das Internet in seiner ganzen Fülle. Andere wiederum sind sehr skeptisch und weisen wenige Erfahrungen damit auf. Die einen können sich vorstellen, später eine Wohngemeinschaft mit anderen älteren Menschen zu gründen, während andere es vorziehen, so lange als möglich im eigenen Haus wohnen zu bleiben.

Heterogenität zwischen den älteren Menschen

Verallgemeinert können fünf unterschiedliche Lebensstile identifiziert werden. Diese unterscheiden sich in zwei Dimensionen: in der vertikalen Dimension nach dem Status, also nach dem beruflichen und Bildungshintergrund. In der horizontalen Dimension unterscheiden sich die Lebensstile, woran sich ältere Menschen nach der Pensionierung orientieren. So genießen es die Einen, nach der Pensionierung den Alltag frei gestalten zu können und orientieren sich primär an den Bedürfnissen der Partnerschaft, der Familie oder den Freunden. Während diejenigen mit höherem Status vermehrt auf Reisen gehen oder Projekte anreissen («Losleger»), ziehen sich solche mit geringerem Status eher ins Privatleben zurück («Befreite»). Andere wiederum orientieren sich nach der Pensionierung an der Gemeinschaft und engagieren sich im sozialen Bereich, beispielsweise in der Nachbarschaftshilfe oder im Vereinswesen («Engagierte»). Die Dritten bewegen sich weiterhin innerhalb des ehemaligen beruflichen Netzwerkes. Sie arbeiten entweder selbständig weiter, zum Beispiel als Berater («Eingebundene»), oder sind in ihren kreativen Berufen tätig («Unkonventionelle»), als hätte es keine Pensionierung gegeben. Die fünf Lebensstile sind in der nachfolgenden Abbildung dargestellt.

Fünf Lebensstile

Abbildung 2: Einordnung der Lebensstiltypen



Handlungsfelder

Handlungsfelder für den Kanton

Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen ergeben sich aus Sicht der Studie fünf Handlungsfelder:

1. Vorausschauen, vernetzen und informieren
2. Ein Umfeld für ein selbstbestimmtes Leben schaffen
3. Vielfältige Lebensformen unterstützen
4. Eigenverantwortung einfordern
5. Den Solidaritätsgedanken aktivieren

Zusammenspiel der Handlungsfelder

Die Handlungsfelder funktionieren in einem engen Zusammenspiel und gehen in ihrer Gesamtheit auf die Chancen und Herausforderungen des demographischen Wandels ein. So sind beispielsweise mit dem steigenden Wohlstand im Alter und der besseren Gesundheit sowohl eine längere Selbständigkeit als auch eine stärkere Eigenverantwortung verbunden. Dies wiederum bietet die Grundlage für das Engagement in der Gemeinschaft. Daneben müssen vielfältige Lebensformen unterstützt werden, denn nicht alle älteren Menschen haben dieselben Voraussetzungen für ein selbständiges Leben. Für das Gestalten der Handlungsfelder sind die Kantone auf Wissen über die Veränderungen angewiesen. Synergien können genutzt werden, indem Betroffene und Handelnde vernetzt und informiert werden.

Stossrichtungen und beispielhafte Massnahmen

Für die kantonalen Verwaltungen ergeben sich folgende Handlungsoptionen:

- Es sind tiefgreifende Veränderungen im Gange, zu denen die Kantone mehr Wissen aufbauen sollte. Dies kann mit der Beobachtung von Trends und der regelmässigen Bedürfnisabklärung bei älteren Menschen umgesetzt werden.

- Die heutigen und künftigen älteren Menschen weisen viel Potenzial auf, sei es in Bezug auf Gesundheit, Wissen oder auch Wohlstand. Die Kantone sollten das bisher weitgehend ungenutzte Potenzial entwickeln und nutzen.
- Alter ist nicht mehr gleich Alter. Eine kantonale Alterspolitik sollte sich deshalb an einem differenzierten Bild orientieren und über die Pflege und Altersvorsorge hinaus auf weitere Felder wie etwa Wissenstransfer, Mobilität oder Wohnumfeld erweitert werden.
- Ländliche Regionen sind anders vom demographischen Wandel betroffen als urbane Regionen. Sowohl was die Veränderung des Altersquotienten betrifft, also das schnellere Älterwerden der ländlichen Bevölkerung, als auch die Lebensstile der Bevölkerung. Die Kantone sollten deshalb unterschiedliche räumliche Strategien entwickeln.
- Zu verschiedenen Themen gibt es noch wenige Ansätze für eine Diskussion in Politik und Gesellschaft. Dazu gehört etwa die Frage, welche Unterstützungsleistungen die öffentliche Hand erbringen soll im Kontext des steigenden Wohlstands bei vielen älteren Menschen. Ein Kanton könnte sich schweizweit damit profilieren, einzelne Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit zu initiieren.

Für eine aktive Begleitung des demographischen Wandels liegt es bei den Kantonen, bei Bedarf gesetzliche Rahmenbedingungen anzupassen und damit die richtigen Anreizsysteme zu schaffen. Beispielsweise für eine Aktivierung von Freiwilligenarbeit oder einen aktiven Wissenstransfer über die Pensionierung hinaus. Eine grosse Diskrepanz besteht zwischen der Nachfrage und dem bestehenden Angebot an Wohnformen. Diese Diskrepanz wird sich in den nächsten Jahren deutlich verstärken, solange keine Gegensteuer geboten wird. Vom Kanton initiierte «Leuchtturmprojekte» könnten hier Akzente setzen. Eine weitere wichtige Aufgabe wird die «altersgerechte» Weiterentwicklung von öffentlichen Räumen und der technischen Infrastrukturen sein. Damit wird Selbständigkeit erleichtert und die Lebensqualität im Alter erhöht. Die Förderung der Durchgängigkeit von Pflegeangeboten über die individualisierten Angebote hin zum Pflegeheim oder die Mitarbeit des Kantons bei der Konzeption von integrierter Pflege sind wichtig für den allmählichen Übergang aus der Selbständigkeit in die Pflegebedürftigkeit.

Inhaltliche Schwerpunkte

Nächste Schritte

Diese Studie zeigt die Konsequenzen des demographischen Wandels mit einer breiten Zugangsweise auf. Die Studienverfasserin empfiehlt den Kantonen folgende nächste Schritte einzuleiten:

Nächste Schritte

- Bewertung der Handlungsfelder und dazugehörigen Stossrichtungen nach Aufgaben, für die sich der Kanton entweder als primär zuständige Institution erachtet oder nach Themen, bei denen sich der Kanton als Initiator für eine Diskussion profilieren möchte.

- Bewertung der Empfehlungen zur Umsetzung und anschliessend Formulierung von entsprechenden Aufträgen zur Genehmigung durch die politischen Entscheidungsträger.

Strukturierung des weiteren
Handelns

Im Wissen darum, dass der demographische Wandel mit hoher Komplexität und Unsicherheiten verbunden ist, soll diese Studie den Kantonen die Grundlage für ein strukturiertes, zielgerichtetes Vorgehen bieten.

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	1
2	Handlungsfelder für den Umgang mit dem demographischen Wandel.....	3
2.1	Grundgedanken	5
	Handlungsfeld 1: Vorausschauen, vernetzen, informieren.....	7
	Handlungsfeld 2: Ein Umfeld für ein selbstbestimmtes Leben schaffen	12
	Handlungsfeld 3: Vielfältige Lebensformen unterstützen	20
	Handlungsfeld 4: Eigenverantwortung einfordern.....	25
	Handlungsfeld 5: Den Solidaritätsgedanken aktivieren.....	28
2.2	Interviews zur Anwendung der Handlungsfelder	33
3	Fazit und Empfehlungen für die Kantone	39
3.1	Empfehlungen für die Kantone	39
3.2	Nächste Schritte	41

Anhang

A1	Literatur und Quellen
----	-----------------------

1 Ausgangslage

«Die älteren Menschen der Zukunft sind nicht mehr die älteren von heute»

Werner Haug, technischer Direktor des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), Juli 2010

Der demographische Wandel hat viele Facetten. Eine davon ist, dass die Schweiz deutlich älter wird. Mit dem beginnenden Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge 1943 bis 1963, den sogenannten Babyboomern, ins Pensionsalter, nimmt die Zahl der älteren Menschen deutlich zu. Die Bevölkerungsprognose 2009 des Kantons Aargau beispielsweise rechnet bis 2030 mit einem Zuwachs von 54.8 Prozent der über 65-Jährigen gegenüber 2010. Neben dem starken quantitativen Anstieg sind zwei qualitative Aspekte von besonderer Bedeutung: Die heutigen älteren Generationen haben Bedürfnisse, die sich deutlich von früheren Generationen unterscheiden. Und diese Bedürfnisse sind alles andere als homogen. Innerhalb der Generationen gibt es deutliche Unterschiede, die in Form von individuellen Lebensstilen zum Ausdruck kommen. Diese werden sich in den nächsten beiden Jahrzehnten noch weiter akzentuieren. Ein bestimmtes räumliches Umfeld begünstigt die Entfaltung dieser Lebensstile, weshalb nicht alle Regionen, Städte und Gemeinden gleichermassen von der veränderten Nachfrage betroffen sind. Die Konsequenz: Die öffentliche Verwaltung in den Kantonen muss sich künftig nicht nur auf eine deutlich gewichtigere und differenziertere Nachfrage nach Dienstleistungen und Infrastrukturen einstellen. Es sind auch unterschiedliche Strategien je nach Gemeindetyp oder Region notwendig.

Eine veränderte Ausgangslage

Aufgrund der erwarteten Veränderungen untersucht Ernst Basler + Partner in einer Studie, unterstützt vom BaslerFonds, den Bundesämtern für Sozialversicherungen (BSV) und Wohnungswesen (BWO), die Konsequenzen des demographischen Wandels. Die Fragestellung der Studie lautet:

Studie zu den Konsequenzen des demographischen Wandels

In welchen Handlungsfeldern kann ein Kanton seine Tätigkeiten, Dienstleistungen und Infrastrukturen bis ins Jahr 2030 anpassen, damit diese den künftigen Bedürfnissen der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren gerecht werden?

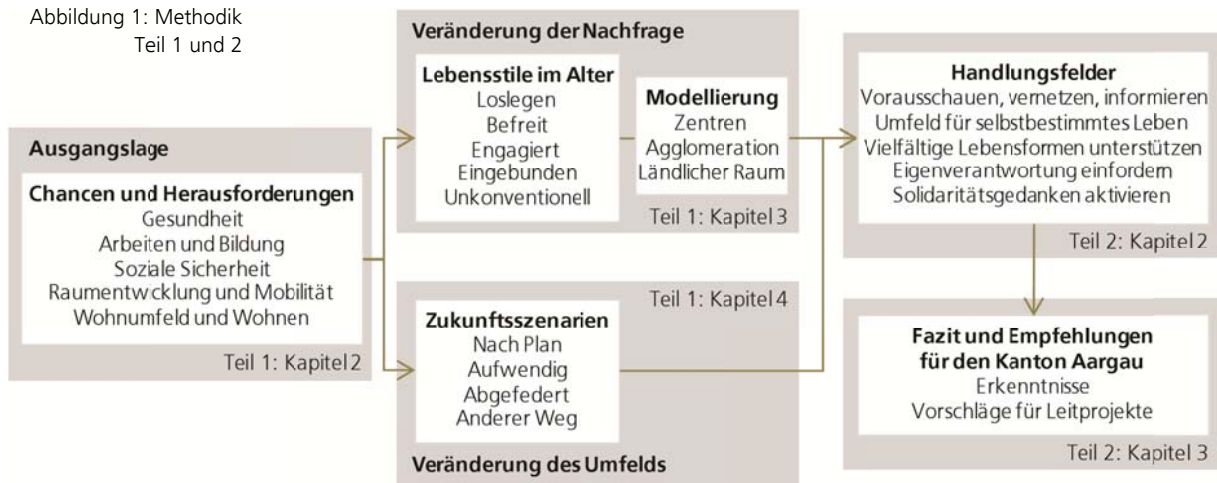
In einem ersten Teil, welcher dem Regierungsrat des Kantons Aargau zur Kenntnis vorgelegt wurde, sind die generellen Trends aufgezeigt, verschiedene Lebensstile der künftigen älteren Generationen modelliert sowie vier Zukunftsszenarien entwickelt worden. Daraus hat die Studienverfasserin Handlungsempfehlungen für die öffentliche Verwaltung auf kantonaler Ebene abgeleitet.

Inhalte des ersten Studienteils

Weiterentwicklung der
Studieninhalte in Teil 2

In diesem zweiten Teil sollen nun aus den Lebensstilen und den Zukunftsszenarien querschnittsorientierte Handlungsfelder abgeleitet werden. Diese sollen den betroffenen Akteuren – seine diese auf bundes-, kantonaler oder kommunaler Ebene – ein Instrument zur Diskussion und Entwicklung angepasster staatlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen in die Hand geben. Die Handlungsfelder werden unterlegt mit strategischen Stossrichtungen und beispielhaften Massnahmen.

Abbildung 1: Methodik
Teil 1 und 2



Handlungsempfehlungen
für einen Kanton

Die Handlungsfelder werden ergänzt mit zwei Interviews mit einem Vertreter der Abteilung für Raumplanung und einer Vertreterin der Gesundheitsdienste des Kantons Aargau. Die Interviews dokumentieren die fachliche Diskussion der Handlungsfelder beispielhaft. In Kapitel 3 werden die Erkenntnisse sowohl aus dem ersten als auch zweiten Studienteil nochmals zusammengefasst. Daraus werden Handlungsempfehlungen für einen Kanton abgeleitet, die aus Sicht der Studie sinnvoll sind.

2 Handlungsfelder für den Umgang mit dem demographischen Wandel

Die in diesem Kapitel dargestellten Handlungsfelder zeigen mögliche Antworten auf die Chancen und Herausforderungen des demographischen Wandels auf. Sie berücksichtigen die unterschiedlichen Lebensstile und die möglichen künftigen Welten (siehe Studienteil 1). Sie sollen der öffentlichen Verwaltung als Instrument und Kompass dienen, auf Basis der eigenen normativen Grundlagen Strategien und Dienstleistungsangebote zu entwickeln, bestehende Massnahmen anzupassen oder Projekte auf deren Zukunftsfähigkeit bezüglich der Folgen des demographischen Wandels zu überprüfen. Sie helfen den Fachleuten in der Verwaltung, eigene Inhalte zu bewerten, zu ordnen und zu generieren.

Stellenwert und Aufarbeitung
der fünf Handlungsfelder

Der Zeithorizont der Studie ist das Jahr 2030. Dieser Horizont ist für die Planung sinnvoll, weil die Konsequenzen des demographischen Wandels erst langfristig abschätzbar sind und die Realisierung einiger Massnahmen eine sehr lange Umsetzungszeit erfordert. Dies, weil sie entweder heute politisch oder gesellschaftlich noch wenig opportun sind, oder weil sie wesentlich später greifen als sie umgesetzt werden.

Umsetzungszeitraum

Die Herleitung der Handlungsfelder erfolgte aufgrund von qualitativen Überlegungen. Zunächst sind die Chancen und Herausforderungen aus Teil 1 der Studie einer Auslegeordnung möglicher Massnahmen gegenübergestellt worden, geordnet nach den Themen «Gesundheit», «Arbeiten und Bildung», «Soziale Sicherheit», «Mobilität und Raumentwicklung» sowie «Wohnumfeld und Wohnen». Diese Gegenüberstellung ergab den Vorteil, dass auf einen Blick sichtbar wurde, zu welchen Chancen und Herausforderungen bereits Ansätze für Strategien bestanden. Lücken konnten so gefüllt werden. Insbesondere die Chancen des demographischen Wandels, die bisher eher weniger beleuchtet sind, wurden dadurch systematisch in die Überlegung mit einbezogen.

Gegenüberstellung Chancen
und Herausforderungen mit den
Massnahmen

Nach erfolgter Gegenüberstellung wurde die Tabelle auf Querschnittsthemen analysiert, gestützt auf Überlegungen zu den Lebensstilen im Alter. Denn aus den unterschiedlichen Lebensmustern ergeben sich die Potenziale, Bedürfnisse und Erwartungen der «Nachfrageseite», auf die sich die Kantone einstellen müssen. Daraus resultieren fünf Handlungsfelder:

Analyse der erarbeiteten
Grundlagen nach
Querschnittsthemen

Abbildung 2: Handlungsfelder
als Teile eines Gesamten



Zusammenspiel der
Handlungsfelder

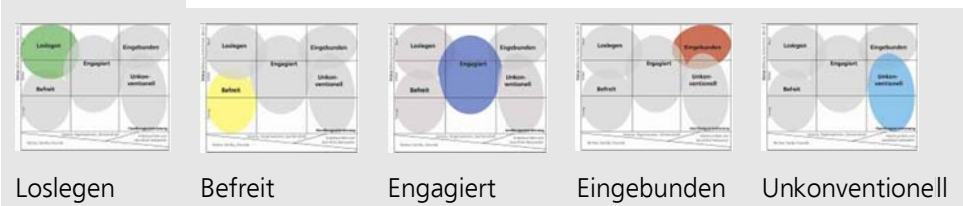
Die Handlungsfelder funktionieren nur in einem Zusammenspiel und können nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Damit wird deutlich gemacht, dass das Alter differenziert zu betrachten ist und nicht von einer einzigen Strategie für «die Alten» ausgegangen werden kann. Weil die Bevölkerungsgruppe der über 65-Jährigen in der Quantität deutlich grösser wird und die Bedürfnisse deutlich differenzierter werden, wird es für den Staat aus finanzieller Sicht nicht möglich sein, sämtliche Bedürfnisse zu befriedigen. Mit dem steigenden Wohlstand im Alter und der besseren Gesundheit sind deshalb sowohl eine stärkere Selbstverantwortung als auch eine Aktivierung zu gesellschaftlichen Beiträgen erforderlich. Gleichzeitig müssen vielfältige Lebensformen unterstützt werden, damit möglichst viele ältere Personen ein selbstbestimmtes Leben führen können. In den folgenden Kapiteln werden die Handlungsfelder sprachlich als Zielzustände formuliert.

Stossrichtungen und
beispielhafte Massnahmen

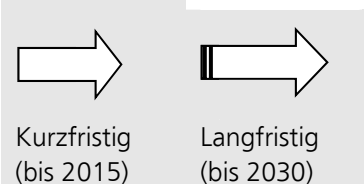
Zu den Handlungsfeldern gehören einzelne Stossrichtungen. Sie zeigen auf, wie die Chancen und Herausforderungen im Handlungsfeld bewältigt werden können. Weil die Stossrichtungen abstrakt formuliert sind, werden beispielhafte Massnahmen aufgezeigt. Diese orientieren sich entweder an einem Lebensstil, einem Zukunftsszenario oder sie zeigen unterschiedliche Zeithorizonte auf, in denen sie umgesetzt werden können. Sie fokussieren jeweils auf einen Aspekt und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Kennzeichnung mit Signeten

Die Massnahmen sind entsprechend ihres Fokus mit einem Signet gekennzeichnet. Die Segmente stehen für einen Lebensstil, die Weltkugeln für ein Szenario und die Pfeile für den Zeithorizont, in dem eine Massnahme umgesetzt werden soll. Mit dem Signet wird ein Schwerpunkt gesetzt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass andere Dimensionen nicht betroffen sind. Weil die Massnahmen nur beispielhaft und nicht umfassend zeigen sollen, wie eine Stossrichtung umgesetzt werden kann, wird auf die Erläuterung aller Dimensionen verzichtet.

Lebensstile

Legende für die Signete

Szenarien**Zeithorizont**

Während die Handlungsfelder und Stossrichtungen als allgemeingültig betrachtet werden können – sie geben Antwort auf die Chancen und Herausforderungen, von denen die Kantone betroffen sind – haben die Massnahmen beispielhaften Charakter. Die Studie macht keine abschliessende Aussage dazu, welche Rolle die Kantone bei der Umsetzung übernehmen soll. Diese hängt im Wesentlichen von den Rahmenbedingungen ab, die mit den Welten beispielhaft beschrieben werden, und vom politischen Willen, zu dem in dieser Studie keine Annahme vorliegt.

Rolle des Kantons

2.1 Grundgedanken

Bevor die einzelnen Handlungsfelder vorgestellt werden, wird auf vier übergeordnete Grundgedanken hingewiesen, die sich aus den veränderten Rahmenbedingungen für die Kantone ergeben. Die Rahmenbedingungen sind in Teil 1 der Studie im Kapitel «Chancen und Herausforderungen des demographischen Wandels, Gesellschaft im Wandel» bzw. «Der Staat im Wandel» beschrieben. Sie haben einen wesentlichen Einfluss auf die Rolle und Funktion des Staates bei der Formulierung von Strategien und Umsetzung von Massnahmen.

Übergeordnete Grundgedanken
aus veränderten
Rahmenbedingungen

Grundgedanke: Konsequenzen des Handelns

Die Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die steigende individuelle Mobilität und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur haben weitreichende Folgen. Es wird zu einem Auseinanderdriften von Angebot in Form von Ressourcen und Nachfrage in Form von Bedürfnissen kommen. In

Konsequenzen des Handelns

diesem Kontext gewinnt die Frage an Bedeutung, welche Konsequenzen aus diesen Entwicklungen gezogen werden müssen – sowohl vom Staat als auch von jedem Einzelnen.

Grundgedanke: Rollen

Rollenverteilung Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verflechtungen im Raum führen zu gegenseitigen Abhängigkeiten von Städten und Gemeinden. Jede Gebietskörperschaft weist dabei ihre eigenen Qualitäten auf und trägt in ihrer Eigenheit zum gemeinsamen Lebensraum bei. Regionen und Agglomerationen erhalten in diesem Kontext als institutionelle Rahmen eine grössere Bedeutung. Die Rolle der öffentlichen Hand als aktiver Koordinator, Regulator und Moderator wird wichtiger.

Grundgedanke: Aufgaben

Aufgaben Die Politikverflechtungen nehmen zu, womit die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden unschärfer wird. Generell übernehmen übergeordnete Ebenen immer mehr Fragen der Politikformulierung (z.B. Grundsätze zur Sozialpolitik), während die Städte und Gemeinden überwiegend ausführen (z.B. Umsetzung der Arbeitslosenpolitik). Die Abgrenzung des Kantons gegenüber Bund und Städten bzw. Gemeinden, aber auch gegenüber der Privatwirtschaft und Zivilbevölkerung, erfordert eine Positionierung innerhalb des eigenen Aufgabenbereichs.

Grundgedanke: Gesellschaftspolitische Fragen

Gesellschaftspolitische Fragen Die Bevölkerungsstruktur verändert sich und die Bedürfnisse werden vielfältiger. Die Aktivierung von zivilgesellschaftlichen Gruppen oder der Bevölkerung über die klassischen Medien Zeitung, Radio und Fernsehen stösst an ihre Grenzen. Einerseits aufgrund der eingeschränkten Möglichkeit dieser Medien, die Gesellschaft in ihrer Differenziertheit zu erreichen. Andererseits, weil die klassischen Medien immer stärker ökonomisiert und populalisiert werden. Für eine zielgruppenspezifische Information und Diskussion gesellschaftspolitischer Fragen gewinnen neue Medien, bisher eher ungenutzte Kommunikationsmittel für den Kanton, an Bedeutung.

Einfließen in alle Handlungsfelder Diese Grundgedanken fliessen bei der Beschreibung der Handlungsfelder ein und finden sich inhaltlich wieder bei den beispielhaften Massnahmen zu den Stossrichtungen.

Handlungsfeld 1: Vorausschauen, vernetzen, informieren

Demographierelevante Entwicklungen sind im Kanton unter laufender Beobachtung und werden rechtzeitig erkannt. Ein frühzeitiger und umfassender Wissensstand bildet die Basis für das weitsichtige und zielgerichtete Handeln. Handelnde und betroffene Akteure sind auf Basis der Erkenntnisse unter- und zwischen einander vernetzt. Sie werden aktiv informiert oder wissen, wo sie Zugang zum Wissen erhalten.

Stossrichtung 1.1: Demographierelevante Veränderungen beobachten.

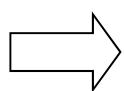
Stossrichtung 1.2: Die vielfältigen und sich verändernden Bedürfnisse älterer Personen erfassen.

Stossrichtung 1.3: Handelnde miteinander vernetzen, als Basis für Wissens- und Erfahrungsaustausch

Stossrichtung 1.4: Informationsoffensive im Kanton starten.

Demographierelevante Veränderungen beobachten.

Der Kanton entwickelt unterschiedliche Instrumente, mit denen er Veränderungen, die im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel stehen, beobachtet und einschätzt. Die Beobachtungen basieren auf quantitativen und qualitativen Erhebungen. Ein enger Bezug zu Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie ein fachlicher und politischer Austausch auf nationaler und internationaler Ebene sind wichtige Bestandteile davon. Aus der qualifizierten Beobachtung leitet der Kanton seine Politik ab.

Stossrichtung 1.1Mögliche Massnahme:

Ein erfolgreicher Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels verlangt Transparenz über dessen Entwicklung und Auswirkungen. Ein **Demographie-Monitoring** kann quer über alle Themen hinweg altersrelevante statistische Grundlageninformationen zusammenfügen. Dieses bietet bereits in kurzem Zeitraum relevante Informationen zum Aufbau von Wissen. In einem Monitoringkonzept werden Themen umrissen und entsprechende Indikatoren definiert. Zu den wichtigsten Beobachtungsfeldern gehören etwa altersdifferenzierte Kennziffern der Bevölkerungsentwicklung, der Migration, zu räumlichen Bevölkerungsbewegungen Informationen zu Haushaltsstrukturen und Wohnen im Alter, zum Arbeitsmarkt, dem ökonomischem Wohlstand, den sozialen Sicherungssystemen oder zu Gesundheit und Bildung. Neben Strukturdaten und Zeitreihen bilden Prognose- und Szenariendaten wesentliche Bestandteile. Ein solches Informationssystem kann und muss die wichtigsten Informationen zu demographischen Veränderungen liefern und als Grundlage für eine vorausschauende politische Steuerung und Entscheidungsfindung dienen. Daten und Informationen können themenspezifisch ausgewertet und aufbereitet werden, etwa für eine regelmässige Berichterstattung an die politischen Entscheidungsträger über Demographierelevante Entwicklungen und Diskussionen. Die weiteren Einsatzmöglichkeiten in kantonalen Politikfeldern und Planungen sind vielfältig. Ein Monitoring dient, wenn es

Demographie-Monitoring:
Alle Bereiche

einfach und benutzerfreundlich aufgebaut ist, ebenfalls als Instrument zur Kommunikation beziehungsweise Sensibilisierung. In interaktiven webbasierten Analysetools können Informationen auf unterschiedlichen räumlichen Massstabsebenen dargestellt und die Entwicklungen in den verschiedenen Regionen und Gemeinden miteinander verglichen werden. Hier können auch qualitative Aspekte aufgenommen werden. Beispielsweise bietet die Website www.zeitraumaargau.ch einen idealen Anknüpfungspunkt.

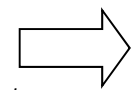
Stossrichtung 1.2

Die vielfältigen und sich verändernden Bedürfnisse älterer Personen erfassen.

Die Bedürfnisse älterer Personen befinden sich über die nächsten Jahre und Jahrzehnte weiterhin im Wandel. Für eine differenzierte Alterspolitik erfasst der Kanton diese Veränderungen regelmässig und schafft sich dadurch die Möglichkeit, mit seinen öffentlichen Dienstleistungs- und Infrastrukturangeboten nahe an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu bleiben.

Mögliche Massnahme:

Regelmässige Befragungen:
Alle Bereiche



Regelmässige Befragungen erfassen die Veränderung der Bedürfnisse älterer Menschen sowohl quantitativ als auch qualitativ. Mit einer alle zwei bis drei Jahre stattfindenden telefonischen Befragung zu Themen wie Gesundheit, Wohnen, soziale Sicherheit, Mobilität oder Arbeiten und Weiterbildung werden Informationen für eine langfristige Beobachtung erhoben. Bereits in wenigen Jahren lassen sich mit den Daten Trends aufzeigen, die über einzelne Indikatoren auch in kantonale Nachhaltigkeitsberichte einfließen können. Bei jeder Befragung wird ein inhaltlicher Schwerpunkt qualitativ vertieft. Beispielsweise mit leitfadengestützten Interviews mit einzelnen Personen oder mit Fokusgruppen. Des Weiteren können die Lebensstile vertiefter für Gemeinden oder Regionen modelliert werden. Mittelfristig könnten auch sogenannte «Trendscouts» für die Suche nach neuen Lebensstil-Trends bei älteren Personen eingesetzt werden. Es sollte sich dabei um gut vernetzte Personen ab 65 Jahren handeln, die in ihrem gesellschaftlichen Umfeld, in den Medien oder an Veranstaltungen nach neuen Bedürfnissen suchen und der öffentlichen Verwaltung regelmässig Bericht erstatten. Langfristig könnte diese Berichterstattung über soziale Netzwerke weiter entwickelt werden: in «Seniorenblogs» sammeln die Scouts Hinweise zu verschiedenen Themen und diskutieren und bündeln diese zu neuen Trends. Die Resultate aus sämtlichen Erhebungen könnten alle zwei bis vier Jahre im Rahmen einer Veranstaltung vor einer breiteren Öffentlichkeit reflektiert und diskutiert werden.

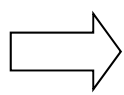
Stossrichtung 1.3

Handelnde miteinander vernetzen, als Basis für Wissens- und Erfahrungsaustausch

Die zivilgesellschaftlichen Engagements sind in den Kantonen stark ausgeprägt. Der Markt spielt in vielen Bereichen ohne Hilfe des Staates. Er hat die Senioren als attraktives Marktsegment bereits seit einiger Zeit entdeckt.

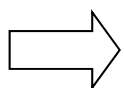
Der Staat greift nur dort ein, wo er besonderen Bedarf sieht. Zur Identifikation des gegenseitigen Ergänzungs- und Unterstützungsbedarfs unterstützt er die Vernetzung und Koordination vielfältiger Aktivitäten. Damit können Synergien genutzt, Doppelspurigkeiten verhindert und aus Erfahrungen gelernt werden. Der Wissenstransfer ist dabei nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb von einzelnen Bereichen relevant. Der schnelle technologische Wandel führt dazu, dass festgehaltenes und erlerntes Wissen rasch veraltet. Im gleichen Masse nehmen das personengebundene Wissen sowie Erfahrungen mit Prozessen an Bedeutung zu. Zur Verhinderung von Wissensverlust nach der Pensionierung soll eine Vernetzung mit älteren Personen deshalb auch auf individueller Ebene erfolgen, sowohl projektbezogen als auch in institutionalisierter Form, intergenerational und intragenerational.

Mögliche Massnahmen:



Zur Vernetzung zwischen den Bereichen bietet es sich an, eine **Plattform für den Erfahrungsaustausch und für Diskussionen** zu initiieren. Diese kann in einem kurzfristigen Zeitraum umgesetzt werden. Sie müsste nicht zwingendermassen institutionalisiert sein, könnte als Netzwerk geführt werden und lediglich in Form einer Website nach aussen treten. Ihr Wert läge insbesondere darin, nationale und internationale Kontakte aufzubauen und so zum Austausch zwischen relevanten Akteuren beizutragen. Die Plattform würde beispielsweise Informationen zu Kongressen, Forschungsprojekten oder Best Practice-Beispielen auf nationaler und internationaler Ebene aufbereiten. Der Aufbau des Netzwerkes könnte bei einschlägigen Kongressen vorangetrieben werden, wo Kontakte auf kommunaler, kantonaler und Bundesebene beziehungsweise mit Forschungsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen geknüpft werden können. Auf internationaler Ebene könnten einzelne Partnerschaften mit Ländern aufgebaut werden, die einerseits den Umgang mit der demographischen Entwicklung aktiv gestalten und andererseits bereits weiter fortgeschritten sind. Auf dieser Ebene kann ein regelmässiger Erfahrungsaustausch gepflegt werden. Als Gastgeber bei Veranstaltungen könnte sich der Kanton themenspezifisch Alliierte in Verwaltung, Privatwirtschaft, Forschung oder bei zivilgesellschaftlichen Organisationen suchen.

Plattform für den Erfahrungsaustausch und für Diskussionen:
Alle Bereiche



Der Aufbau einer **«Vermittlungsstelle»** könnte zur Vernetzung innerhalb der Verwaltung beitragen. Diese verfügt über einen Demographie-Delegierten, der eine koordinierende Funktion übernimmt und Ansprechpersonen in der öffentlichen Verwaltung vermittelt. Die delegierte Person wäre die primäre Ansprechperson für Anfragen aus den Gemeinden, aus Unternehmen oder von ansässigen Organisationen. Sie könnte «Demographieberatungen» zu spezifischen Themen vermitteln. Zu planerischen Fragen könnte eine Zusammenarbeit mit dem Verein für Landesplanung (VLP) aufgebaut werden. Eine weitere Funktion der Vermittlungsstelle wäre die Vermittlung miliztauglicher Werkzeuge für die

Vermittlungsstelle:
Alle Bereiche

Gemeindeführung. Hier könnte eine Zusammenarbeit mit dem strategischen Führungscockpit für Gemeinden (www.gemeindecockpit.ch) aufgebaut werden, das vom Schweizerischen Gemeindeverband mitgetragen wird. Die Vermittlungsstelle würde Demographierelevante Richtlinien, Best Practice oder Leitfäden für Gemeinden oder Unternehmen sammeln und die Informationen bei Anfragen weiter geben.

Generationenmanagement:
Arbeiten + Bildung

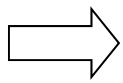


Lebenslanges Lernen am Arbeitsplatz wird mehr und mehr zu einer Selbstverständlichkeit. Ältere Arbeitnehmende geraten unter Druck, mit der ständigen Weiterentwicklung des Wissens Schritt zu halten und laufen Gefahr, ihre Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt zu verlieren. Allmählich verstärkt sich jedoch die Erkenntnis, dass die Wissensvermittlung keineswegs eine Einwegbeziehung von Jung zu Alt sein kann. In den nächsten Jahren werden die über 50-Jährigen in vielen Betrieben die grösste Gruppe bilden. Ältere Arbeitnehmende verfügen über unverzichtbares Wissen, das sie beim Renteneintritt oft mitnehmen. Dieser Wissensverlust kann vor allem für kleinere Unternehmen einschneidende Folgen haben. Wissensaustausch vorhanden. Ein aktives **Generationenmanagement** kann dabei helfen, das vorhandene Wissen im Unternehmen zu behalten, durch Mentoren- und Patensysteme, Know-how Tandems von jüngeren und erfahrenen Mitarbeitenden oder durch altersgemischte Teams, in denen die verschiedenen Generationen ihr spezifisches Wissen einbringen können. Gerade in der abgefederten Welt, in der weniger Mittel zum kommerziellen Erwerb von Wissen zur Verfügung stehen, sind unternehmensinterne Lösungen von hoher Relevanz. Der Kanton kann, gemeinsam mit Wirtschafts- und Personalverbänden, Erfahrungen aus erprobten Projekten des Wissenstransfers sammeln und die Unternehmen durch gezielte Informationen hinsichtlich der Wirkungen des demographischen Wandels sensibilisieren. Ein solches Projekt ist das «Nova.PE», das in Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Initiative entwickelt wurde. Daneben ist der Kanton als Arbeitgeber aber auch selbst gefordert, das akkumulierte Wissen in der kantonalen Verwaltung durch ein aktives Generationenmanagement zu wahren.

Stossrichtung 1.4

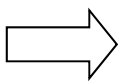
Informationsoffensive starten.

Angebote und Wissen erhalten ihren vollen Wert dann, wenn sie bei den Zielgruppen bekannt sind. Eine steigende Informationsflut erschwert die Übersicht über vorhandene Angebote und Bewertung relevanter Informationen. Im Vordergrund einer Informationsoffensive steht deshalb eine zielgruppenspezifische Vermittlung. Bei gesellschaftspolitischen Debatten steht die Politik als initiierender Akteur im Vordergrund. Liegen neue öffentliche Angebote oder neue Erkenntnisse vor, informiert die Verwaltung die Regierung, Gemeinden und Organisationen. Bei der Vermittlung von themen- und angebotsspezifischen Inhalten, die sich an unterschiedliche Lebensstilgruppen im Alter richten, übernehmen Verbände und Organisationen eine besondere Rolle.

Mögliche Massnahmen:

Spätestens in zehn Jahren ist die Mehrheit der Personen ab 65 Jahren mit der **Nutzung neuer Technologien** vertraut. Es ist durchaus denkbar, dass sich internetbasierte soziale Netzwerke künftig bei älteren Personen ähnlich wie heute bei den Jugendlichen zum sozialen Austausch durchsetzen. Denn ältere Menschen sind nach der Pensionierung darauf angewiesen, sich auf privater Ebene zu organisieren. Diesen Umstand können sich die kantonale Verwaltung oder andere Institutionen in diesem Zeitraum zu Nutze machen. Ältere Menschen schaffen sich ein Profil in einem internetbasierten sozialen Netzwerk und lassen sich durch den Beitritt zu einer virtuellen Gruppe informieren: die Gruppe «Spitex» informiert über Änderungen im Gesundheitsangebot. Die Gruppe «Neue Technologien» über einschlägige Veranstaltungen im Weiterbildungsbereich. Ältere Personen könnten sich ausserdem über ihre persönlichen Profile an Arzttermine oder sonstige wichtigen Ereignisse erinnern lassen. Flankierend zum Einsatz solcher neuer Kommunikationskanäle klärt der Kanton aber auch über die Risiken und den Missbrauch der Anwendungen auf.

Nutzung neuer Technologien:
Alle Bereiche



In den Gemeinden wird künftig jährlich eine **«Zukunftsfeier»** durchgeführt. Eingeladen sind alle Einwohnerinnen und Einwohner, die das sechzigste Altersjahr erreichen. Die Feier ist Ausdruck der Wertschätzung für die an und in der Gesellschaft geleisteten Dienste. Gleichzeitig wirft sie den Blick in die Zukunft und auf einen bewussten Eintritt in den dritten Lebensabschnitt. Eine solche Feier kann von den Gemeinden individuell gestaltet und in vielfältiger Weise genutzt werden: als Plattform zur Auffrischung von bestehenden und zur Schaffung von neuen Kontakten; als Informationsbörse über bestehende Dienstleistungen oder Beratungsangebote von privaten Organisationen, der Gemeinde und des Kantons; als Diskussions- und Austauschplattform im Sinne einer Landsgemeinde, wo Bedürfnisse und Wünsche aufgenommen werden können – oder einfach zum gemütlichen Beisammensein!

Zukunftsfeier:
Alle Bereiche

Handlungsfeld 2: Ein Umfeld für ein selbstbestimmtes Leben schaffen

Den älteren Menschen wird ermöglicht, in Abhängigkeit ihrer individuellen Situation möglichst lange selbständig zu bleiben. Sie können im Rahmen ihrer Bedürfnisse und Möglichkeiten eigenständig handeln und sind befähigt, ihr Leben aktiv zu gestalten.

Stossrichtung 2.1: Die Rahmenbedingungen für bedürfnisgerechte Angebote zur Bewältigung des Alltags gestalten.

Stossrichtung 2.2: Erwerbstätigkeiten im Alter erleichtern.

Stossrichtung 2.3: Technische Infrastrukturen an veränderte Bedürfnisse anpassen.

Stossrichtung 2.4: Zum selbständigen Wohnen beitragen.

Stossrichtung 2.5: Eine differenzierte Alterspflege fördern.

Stossrichtung 2.6: Formelle und informelle Weiterbildung ermöglichen.

Stossrichtung 2.7: Wohnmobilität im Alter erleichtern.

Stossrichtung 2.1

Die Rahmenbedingungen für bedürfnisgerechte Angebote zur Bewältigung des Alltags gestalten.

Die Selbständigkeit im Alter nimmt zu. Gleichzeitig ist ein Rückgang der Kontakte mit Verwandten zu beobachten, die wenigen verbleibenden Kontakte spielen hingegen eine grössere Rolle bei der praktischen Unterstützung im Alltag. Geeignete Rahmenbedingungen fördern professionalisierte und informelle Angebote, die zur Bewältigung des Alltags beitragen. So ist ein selbständiges Leben weitgehend unabhängig der Verwandtschaft und entsprechend des individuellen Lebensstils möglich. Die älteren Generationen sind befähigt, ihren Alltag selbständig zu gestalten.

Mögliche Massnahmen:

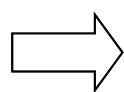
Unterstützungsdienste:
Gesundheit
Wohnumfeld + Wohnen



In einer aufwendigen Welt wird die verwandtschaftliche Alltagsunterstützung durch kommerzielle Versorgungsdienstleistungen ersetzt, die vielfach über Online-Dienste vermittelt werden. Der Kanton könnte in einem solchen Umfeld darauf fokussieren, Organisationen zu unterstützen, welche finanziell weniger gut ausgestatteten Personen

ohne Verwandtschaft Unterstützungsdienste wie beispielsweise Einkäufe ermöglichen. Oder der Kanton unterstützt Projekte, die nachbarschaftliche Hilfe aufbauen. Denn in einer aufwendigen Welt entstehen solche Dienste kaum in einem freiwilligen bottom-up-Prozess.

Altersforschung:
Alle Bereiche



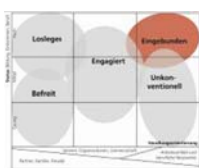
Die **Altersforschung** kann bereits heute einen wichtigen Beitrag leisten zur Erforschung und in der Folge der Förderung neuer technologischer Anwendungen, welche den Alltag für ältere Generationen erleichtern. Die Palette relevanter Fragestellungen ist breit und weitet sich laufend aus. Das Nationale Forschungsprogramm «Alter» (NFP 32), das 1999 abgeschlossen wurde, setzte sich mit den Folgen der demo-

graphischen Verschiebung auseinander, die mit der steigenden Zahl der Personen im AHV-Alter in den kommenden Jahren erwartet werden. Das Programm hatte zum Ziel, Erkenntnisse zu gewinnen über die Auswirkungen der demographischen Alterung auf Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Solche Forschungsergebnisse müssen jedoch auch den Weg in die Praxis finden, wollen sie konkrete Veränderungen bewirken. Der Kanton kann dabei seine Rolle im Wissenstransfer aktiv pflegen. Zum einen indem er selbst im Rahmen Möglichkeiten Forschungsvorhaben initiiert und unterstützt, zum anderen durch eine Verstärkung der Funktion als «Wissensbroker». Die möglichen Wege der Wissensvermittlung sind vielfältig; etwa mit einer spezialisierten Fachbibliothek und Dokumentation von Pro Senectute Schweiz oder mit dem kostenpflichtigen Newsletter von www.alter-und-forschung.de, in dem Forschungsergebnisse zum Thema der alternden Gesellschaft in kurzer Form dargestellt und erläutert werden. Wissensvermittlung und -generierung wird künftig immer weniger als Einwegkommunikation funktionieren. Virtuelle Plattformen können mit der «Weisheit der Vielen» neues Wissen generieren und dieses mit dem Austausch von Best-Practice Beispielen, etwa zur Benutzungsfreundlichkeit und Anwendbarkeit neuer technologischer Anwendungen weiter verbreiten.

Erwerbstätigkeiten im Alter erleichtern.

Die freiwillige Erwerbstätigkeit über das offizielle Pensionsalter hinaus entspricht dem Bedürfnis eines Teils der älteren Gesellschaft. Dies kommt den wachsenden Herausforderungen für den Sozialstaat entgegen. Für flexiblere Pensionierungsmuster sprechen die persönliche Motivation älterer Menschen und ihre teilweise starke Identifikation mit der Erwerbstätigkeit.

Mögliche Massnahmen:



Die Bereitschaft für ein längeres Verbleiben im Arbeitsmarkt ist insbesondere beim Lebensstil «Eingebunden» sehr hoch. Der Handlungsspielraum eines Kantons, zur Erwerbstätigkeit im Alter beizutragen, besteht auf zwei Ebenen: Er kann für die Flexibilisierung der Altersschränke

lobbyieren oder Unternehmen im Kanton für die Einsatzmöglichkeiten von älteren Personen sensibilisieren. Zudem kann er eigene Arbeitsmodelle entwickeln, welche dem Verwaltungspersonal nach Anpassung des rechtlichen Rahmens einen längeren Verbleib im Arbeitsprozess ermöglichen und für eine Flexibilisierung der Altersschränke eintreten. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) bietet einen geeigneten institutionellen Rahmen. In einem ersten Schritt könnte der Kanton darauf hinwirken, das «Massnahmenpaket zu Gunsten der Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer» um den Aspekt der Flexibilisierung zu erweitern. Denn das Paket des Bundes richtet sich primär danach, Anreize für eine Erwerbstätigkeit bis 65 Jahre zu setzen, nicht jedoch ein Umfeld für jene zu schaffen, die freiwillig darüber hinaus arbeiten möchten. Im längerfristigen Zeitraum könnte der Kanton

Stossrichtung 2.2

Politische Haltung zur Flexibilisierung der Altersschränke:
Soziale Sicherheit
Arbeiten + Bildung

nach Gelegenheiten suchen, das Thema der Flexibilisierung über die eigenen politischen Vertretungen im Stände- und Nationalrat auf die politische Agenda zu setzen oder Interessen im Rahmen von Arbeitsgruppen oder eidgenössischen Arbeitskommissionen einzubringen.

Anpassungsprozess in
Unternehmen:
Arbeiten + Bildung



In einer Welt nach Plan steigt das Pensionsalter an und die Flexibilisierung der Altersschranke ist breit akzeptiert. Die ältere Belegschaft bringt veränderte Bedürfnisse und Anforderungen an die Unternehmen mit sich. Der Kanton **unterstützt Unternehmen mit Informationen und Beratungen in diesem umfassenden Anpassungs-**

prozess und schärft ihr Problembewusstsein – zum Nutzen der Arbeitnehmenden und der Unternehmen. Eine wesentliche Herausforderung besteht in der Entwicklung neuer Arbeitskarrieren, die nicht mehr von einem stetigen Anstieg an Verantwortung und Belastung ausgehen, gefolgt von einem abrupten Bruch mit dem Eintritt ins Pensionsalter. Mit flexiblen Arbeitsformen und der Möglichkeit zu Altersteilzeit oder vereinfachten projektbezogenen Einsätzen kann die veränderte Leistungsfähigkeit älterer Mitarbeitender berücksichtigt werden. Zudem ergeben sich verbesserte Möglichkeiten zu altersgerechten Beschäftigungsmöglichkeiten über das Pensionsalter hinaus. Eine älter werdende Belegschaft erfordert weitere innerbetriebliche Anpassungen: bei der Arbeitsorganisation und der Gestaltung der Arbeitsinhalte, einer Arbeitsplatzgestaltung zur Minimierung einseitiger körperlicher Beanspruchungen, einem Angebot an gesundheitsfördernden Angeboten oder der Unterstützung für berufliches und ausserberufliches Gesundheitsmanagement.

Vermittlungsagentur:
Arbeiten + Bildung



Die meisten Losleger möchten sich zwar nicht mehr regelmässig verpflichten, sind aber bereit, ihr Wissen projektbezogen weiter zu vermitteln. Über eine **Vermittlungsagentur** schaffen sie sich ein Profil, mit dem sie ihre Dienste anbieten können, beispielsweise Steuerberatungen oder die Entwicklung von Businessplänen. Die Agentur stellt ihnen Büroräumlichkeiten zur Verfügung, in denen sie sich mit den Kundinnen und Kunden treffen und Sitzungen oder Workshops veranstalten können. Der Kanton unterstützt den Betrieb einer solchen Vermittlungsagentur mit der Beratung von Gemeinden, welche ein geeignetes Setting für die Vermittlungsagentur bereitstellen könnte, beispielsweise mit Infrastrukturen oder Öffentlichkeitsarbeit. Dadurch, dass sich die angebotenen Dienste an alle Generationen richten, können Vermittlungsagenturen auch mit geringem Aufwand online-basiert errichtet werden (www.rentarentner.ch).

Stossrichtung 2.3

Technische Infrastrukturen an veränderte Bedürfnisse anpassen.

Künftig werden deutlich mehr ältere Menschen den öffentlichen Raum nutzen. Dieser soll entsprechend deren Bedürfnisse und Mobilitätsfähigkeiten gestaltet werden: beispielsweise ausgerichtet auf geringere Geschwindigkeiten, nachlassende Sehfähigkeiten, Erholungsmöglichkeiten in kurzen

Intervallen und mit der Ausrichtung von Strassenräumen auf mobilitätsunterstützende Geräte oder Fahrzeuge.

Mögliche Massnahme:



In den Städten werden künftig vermehrt ältere Menschen wohnen. Die Weltstadt New York geht in der altersgerechten Anpassung hochdynamischer Quartiere beispielhaft voraus: Ampelzeiten wurden um 29 Sekunden verlängert. In Läden und auf Bürgersteigen werden Sitzgelegenheiten montiert, auf denen sich alte Menschen ausruhen können. Gastronomiebetriebe können kennzeichnen, ob ältere Personen konsumunabhängig Toiletten nutzen können. Langfristig sucht die Stadt Kooperationen mit Unternehmen und möchte möglichst viele Geschäftszweige zum Mitmachen animieren: zum Beispiel mit Aufklebern, die einen seniorenfreundlichen Laden signalisieren. Oder mit Speisekarten in Grossdruck und einer Happy Hour für Rentner. Nach diesem Vorbild informiert und berät der Kanton die Städte und Gemeinden, wie sie ihre **Infrastrukturen altersgerecht anpassen** können.

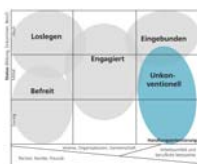
Anpassung von Infrastrukturen:
Raumentwicklung + Mobilität
Wohnumfeld + Wohnen

Zum selbständigen Wohnen beitragen.

Der Wunsch, möglichst lange selbständig zu wohnen, überwiegt bei der Mehrheit der älteren Leute. Die gute Erreichbarkeit von Einkaufs-, Service- und Gesundheitsdienstleistungen oder von Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Wohnumfeld wird dadurch bedeutender. Der Wohnflächenbedarf nimmt gegenüber früher zu, als Folge des höheren Wohlstands und im Hinblick darauf, dass genügend Raum für die Familie zur Verfügung steht. Noch bleibt der wesentliche Teil der älteren Bevölkerung bis zu einschneidenden Ereignissen im vertrauten Umfeld wohnhaft, sodass die Unterstützung in der eigenen Wohnung und der Umbau zur Barrierefreiheit mittelfristig dominieren werden. Mittelfristig wird jedoch die Bereitschaft, auch im höheren Alter den Wohnort zu wechseln, steigen. Dies ist eine Folge davon, dass in jüngeren Jahren die berufliche Mobilität steigt und Familienformen wechseln, womit ein regelmässiger Wohnortswechsel bei vielen tief verankert ist. Vielfältige Wohnformen, individuelle Unterstützung zu Hause und ein «altersfreundliches» Wohnumfeld unterstützen die Selbstständigkeit entsprechend der vielfältigen Bedürfnisse.

Stossrichtung 2.4

Mögliche Massnahmen:

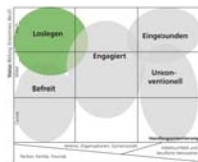


Neue Wohnmodelle zwischen individuellem und betreutem Wohnen finden gerade bei den Unkonventionellen, die in jüngeren Jahren mit verschiedenen Wohnformen experimentiert haben, grossen Anklang: selbstverwaltete Wohngemeinschaften für ältere Menschen, intergenerationale Wohnprojekte, Hausgemeinschaften oder Siedlungen mit gemeinschaftlichen Einrichtungen und speziellen Gesundheits-, Service- und Versorgungsleistungen. Gemeinsam ist den Wohnformen, dass Selbstbestim-

Neue Wohnmodelle:
Wohnumfeld + Wohnen

mung und Gemeinschaftsorientierung miteinander verbunden sind. In pionierhafter Weise haben sich in den letzten Jahren verschiedene Initiativen gebildet. Es wurde mit neuen Formen experimentiert, von Mehrgenerationenhäusern bis zu separierten Siedlungen. So wurde etwa in der deutschen Stadt Meppen von einem privaten Bauträger eines der ersten «Seniordörfer» errichtet, mit barrierefreien Bungalows, einem Laden, einer Sozialstation sowie einer «Kümmerin» als Ansprechperson. Kantone und Gemeinden, aber auch Stiftungen oder private Initiativen, verfügen über verschiedene Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung eines altersgerechten Wohnens. individuelle Umbauten von Wohnungen und Überbauungen können über finanzielle bzw. steuerliche Anreize oder direkte Beiträge unterstützt werden. Durch die Sensibilisierung von Immobilienunternehmen, die Unterstützung von Genossenschaften oder mit kantonalen und kommunalen Pilotprojekten können barrierefreie und flexibel nutzbare Wohnungen das Wohnangebot altersgerecht erweitern und verbessern. Dabei gemachte Erfahrungen liefern wertvolle Hinweise, die ausgewertet und weitervermittelt werden können, an private Personen, aber auch an Gemeinden, Baugenossenschaften oder Investoren. Mit der Unterstützung von nachbarschaftlichen Organisationsformen, etwa durch die Einrichtung von Siedlungs- oder Quartiervereinen, werden Voraussetzungen geschaffen, damit sich die Bewohnerinnen und Bewohner über gemeinsame Angebote oder gegenseitige Unterstützung selbst bedürfnisgerechte Verbesserungen an die Hand nehmen können.

Neue Raumkonzepte
Wohnumfeld + Wohnen



Die Familie bleibt auch künftig als gesellschaftlicher Idealtyp bestehen. Was sich ändert, ist deren Kontinuität. So verbringen beispielsweise viele Loslegende den Grossteil ihres Lebens in Beziehungen. Künftig wird es sich aber immer seltener um eine lebenslange Beziehung mit demselben Partner handeln, es werden sich verschiedene abfolgen. Ältere Menschen, die sich das gemeinsame Leben gewohnt sind, fürchten sich vor dem Alleinsein. Es braucht also **Wohnungen mit neuen Raumkonzepten**, in die sie umziehen können, wenn sie im höheren Alter den Partner verlieren. Sei dies aufgrund einer Trennung oder eines Todesfalls. Der heute verfügbare Wohnraum ist nicht auf diese Nachfrage eingerichtet. Um den Spagat zwischen dem Privatleben und dem Gemeinsamwohnen zu machen, wären Wohnungen notwendig, welche mehrere private Einheiten, etwa eigene Schlaf- und Badezimmer, mit gemeinsamem Wohnraum kombinieren. So könnten Einzelpersonen oder auch verschiedene Paare gemeinsam alleine wohnen: Sie ziehen sich in ihre privaten Räume zurück, wenn es ihnen danach ist. Haben sie den Wunsch, können sie sich im Wohnraum im Zentrum der Wohnung treffen.

Demographie-Verträglichkeits-
prüfung, Wohnzonen:
Raumentwicklung + Mobilität
Wohnumfeld + Wohnen



In der aufwendigen Welt findet in den suburbanen Regionen eine leichte Wanderbewegung älterer Personen in die Dorf- oder nahe gelegenen Kleinzentren statt. Der Wohnortwechsel erfolgt jedoch erst nach einschneiden-

den biographischen Veränderungen, wenn der individuelle Handlungsspielraum bereits eng ist. In Städten und Kleinstädten werden finanziell weniger bemittelte ältere Personen aufgrund der guten Wirtschaftslage und hohen Mietpreisen aus zentralen Wohnquartieren verdrängt. Ältere Menschen sind also auf die schnelle Verfügbarkeit von altersgerechtem Wohnraum angewiesen. In einer Welt, in der nicht auf Solidarität gesetzt werden kann, könnte der Kanton mit **Demographie-Verträglichkeitsprüfungen** altersgerechten Wohnraum in Gemeinden und Städten sichern. Geprüft werden könnten beispielsweise Baueingaben, kommunale Nutzungs- oder Gestaltungspläne. Parallel dazu initiiert der Kanton eine Diskussion für die Formulierung einer **«Wohnzone mit Wohnanteil altersgerechtem Wohnraum»**, ähnlich wie es in der Studie des VLP im Auftrag des Bundesamts für Wohnungswesen zur Sicherung des Anteils gemeinnützigen Wohnungsbaus vorgeschlagen wird¹⁾. Diese soll Eingang in die kommunalen Bau- und Zonenordnungen finden.



In der Welt nach Plan nutzt der Kanton die Regionalplanungsverbände für die Bereitstellung regionaler Gesundheits- und Versorgungsdienstleistungen. Er verfasst ein **Pflichtenheft**, welches die Bereitstellung altersrelevanter Infrastrukturen oder Pflegeeinrichtungen im Verbund vorgibt. Diese Angebote unterstützen das selbständige Wohnen älterer Personen im ländlichen Raum. Denn dort sind kaum Anzeichen für eine Umzugsmobilität erkennbar und das Potenzial für ungünstige Bevölkerungsstrukturen ist gross. Das Pflichtenheft beinhaltet regelmässige Berichterstattungen über die Veränderung der Bevölkerungsstrukturen und über den Umfang der lokalen formellen und informellen Angebote.

Regionales Pflichtenheft:
Alle Bereiche

Eine differenzierte Alterspflege fördern.

Die Gesundheit der kommenden älteren Generationen ist gut, die medizinischen Möglichkeiten zur Behandlung vielfältig. Beschwerden und Krankheiten schränken ältere Personen auf unterschiedlichen Stufen ein und erfordern eine individuelle Pflege. Diese kann sowohl stationär als auch ambulant, schul- oder alternativmedizinisch sein oder auf kognitivem Training oder sozialen Angeboten aufbauen. Mit zunehmender Verschlechterung der Gesundheit steht die Frage nach der Sicherung der Lebensqualität einer schulmedizinischen Verlängerung des Lebens gegenüber. Alternative Massnahmen zur Schulmedizin, die eine soziale Komponente enthalten und zur Qualität des Lebens beitragen, erhalten in diesem Kontext eine besondere Bedeutung. Sie gehen einher mit der Diskussion von ethischen Fragen zum Wert des Lebens.

Stossrichtung 2.5

1) VLP-ASPAN: (2010): Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Gutachten im Auftrag des Bundesamtes für Wohnungswesen BWO. Raum & Umwelt 1/10.

Mögliche Massnahmen:

Gesundheitszentren im Quartier:
Gesundheit
Wohnumfeld + Wohnen



In einer abgefederten Welt sind die staatlichen Mittel knapp und der Wohlstand ist gering, dafür ist die Solidarität in den Stadtquartieren und Gemeinden stark ausgeprägt. Spitex-Dienste beschränken sich auf die medizinische Pflege. Der Kanton konzentriert seine Mittel in diesem Kontext auf die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und wirkt beispielsweise bei der Konzeption von **Gesundheitszentren in Quartieren** mit. In Gehdistanz für viele ältere Anwohnerinnen und Anwohner dienen sie als primäre Anlaufstelle und übernehmen neben vielfältigen Angeboten eine Vermittlungsfunktion zu staatlichen und privaten Pflegeeinrichtungen. Die Gesundheitsdienstleistungen werden wo möglich auf Basis freiwilligen Engagements oder im Tausch angeboten: von den üblichen Angeboten einer Apotheke über informelle Gesundheitsberatung durch Pensionierte, Vermittlung von Hausdiensten durch Jugendliche oder gemeinschaftlich organisierte Sportangebote.

Stossrichtung 2.6**Formelle und informelle Weiterbildung ermöglichen.**

Das lebenslange Lernen, worunter sowohl formelle als auch informelle Weiterbildungen gefasst werden, gewinnt für ältere Menschen an Bedeutung. Lebenslanges Lernen wird künftig elementar sein zur erfolgreichen Bewältigung des Alltags. Weiterbildungsangebote sollen dabei unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden. Bei den einen haben sie die Funktion der Horizonterweiterung. Den anderen ermöglichen sie das Zurechtfinden im Alltag. Und wer weiterhin arbeitstätig ist oder sein möchte, verfügt über spezifische Fähigkeitsprofile, die im Sinne der Unternehmenstätigkeit weiterzubilden sind.

Mögliche Massnahme:

Weiterbildung von
Älteren für Ältere:
Arbeiten + Bildung



In der Welt nach Plan verändert sich bei älteren Menschen, die nicht mehr in den beruflichen Alltag eingebunden sind, die Nachfrage nach Weiterbildung. Es werden vermehrt Weiterbildungen zur Bewältigung des Alltags, beispielsweise im Bereich der Pflege oder dem Umgang mit der IT nachgefragt. Aber auch im Bereich der Hobbys wird sie zunehmen. Auf der anderen Seite wird die Zahl der Pensionierten zunehmen, die über die entsprechenden Fähigkeiten verfügen und bereit sind, diese an andere weiterzugeben. Der Kanton könnte in diesem Bereich **«Weiterbildung von Älteren für Ältere»** eine Vermittlerrolle einnehmen, da für viele Themen die Gemeinde als Einheit zu klein ist. Die Vermittlerrolle könnte verschiedene Massnahmen wie Informationen über bestehende Angebote, Aufbau einer IT-Plattform zum Zusammenbringen von Nachfrage und Angebot bis konkrete Unterstützung (Räume, Entschädigung usw.) umfassen.

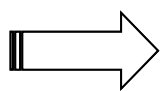
Wohnmobilität im Alter erleichtern.

Die künftigen älteren Generationen sind sich hohe Mobilität gewohnt. Sei dies als Folge der Ausbildung, des beruflichen Lebens oder familiärer Veränderungen, die zu Wohnortswechsel innerhalb des Kantons, national oder international geführt haben. Viele ältere Personen mit einer solchen Migrationsgeschichte verfügen über verschiedene Wohnstandorte im In- oder Ausland. Je nach Lebensstil werden künftig auch vermehrt Wohnortswechsel im Alter vorgenommen. Der Kanton erleichtert Wohnortswechsel innerhalb des Kantons und informiert über die Folgen von temporären Aufenthalten im Ausland bezüglich sozialer Sicherheit, Vorsorge oder Gesundheit.

Mögliche Massnahme:



Loslegende bleiben möglichst lange in der vertrauten Umgebung wohnen. Oft leben sie in Agglomerationsgemeinden und sind bei der Versorgung auf den Individualverkehr angewiesen. Mit dem Bezug individueller Pflegedienstleistungen, die im Haus erbracht werden, verursachen sie Mobilitätskosten. Aus Sicht der Raumplanung ist es jedoch sinnvoll, wenn möglichst viele Dienstleistungen über die Nahversorgung im Quartier bezogen werden. Der Kanton könnte deshalb **Anreize für eine stärkere Umzugsmobilität in gut versorgte Wohnquartiere** setzen und dazu beitragen, dass Mobilitätskosten in individuelle Pflegedienstleistungen internalisiert werden. So könnten distanzabhängige Preise eingeführt werden. Beim Bezug einer Dienstleistung im näheren Umkreis einer «Spitexstation» im Quartier entstehen keine Gebühren. Je länger der Weg zwischen der Station und einer Wohnung ist, desto höher werden die Gebühren.



Wohnstandorte im Ausland gewinnen bei älteren Leuten an Bedeutung, bedingt durch einen hohen Wohlstand, materieller Vorsorge durch Immobilienbesitz, generell höhere Mobilität im dritten Lebensabschnitt und als Folge beruflicher Mobilität, welche das Entstehen mehrerer Heimaten begünstigt hat. Der Kanton Aargau berät mittelfristig ältere Personen zu Fragen der **Aufenthaltsbewilligung, zum Abschluss von Versicherungen, zum Umgang mit Steuern oder dem Bezug von Renten** für den längeren Aufenthalt im Ausland. Langfristig initiiert der Kanton eine landesweite sozialpolitische Debatte zur Anpassung der Sozialversicherungssysteme an Lücken, die aufgrund längerer Auslandsaufenthalte in der Zeit der Erwerbstätigkeit oder als Folge der internationalen Migration entstanden sind.

Stossrichtung 2.7

Anreize für Umzugsmobilität in gut versorgte Wohnquartiere:
Raumentwicklung + Mobilität
Wohnumfeld + Wohnen

Beratung zu Aufenthalt
im Ausland:
Soziale Sicherheit
Raumentwicklung + Mobilität

Handlungsfeld 3: Vielfältige Lebensformen unterstützen

Der Kanton anerkennt die vielfältigen Lebenshintergründe älterer Menschen. Er unterstützt Ungleichheiten, wo sie zur individuellen Lebensqualität beitragen und greift dort aktiv ein, wo sie zu Chancenungleichheit führen.

Stossrichtung 3.1: Chancengleichheit im Zugang zu Hilfsmitteln, Beratungen, Dienstleistungen und Weiterbildung erleichtern.

Stossrichtung 3.2: Soziale Kontakte fördern.

Stossrichtung 3.3: Gleiche Chancen für ein gutes Wohlbefinden, gute Gesundheit und den Erhalt der kognitiven Fähigkeiten schaffen.

Stossrichtung 3.4: Verschiedene Sozialisierungshintergründe bei der Unterstützung berücksichtigen.

Stossrichtung 3.5: Die Folgen individueller Lebensverläufe in Erwerbsjahren kompensieren.

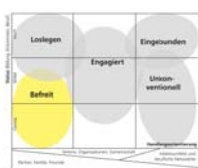
Stossrichtung 3.1

Chancengleichheit im Zugang zu Hilfsmitteln, Beratungen, Dienstleistungen und Weiterbildung erleichtern.

Die individuellen Lebensstile bestimmen, welche Möglichkeiten ältere Menschen haben, sich Zugang zu Unterstützung zu schaffen oder solche in Anspruch zu nehmen. Gründe dafür sind unterschiedliche Bildungs- und Sozialisierungshintergründe sowie individuelle Erfahrungshintergründe beispielsweise aus der beruflichen Tätigkeit. Tendenziell wird es zu einer wachsenden Polarisierung zwischen technisch versierten Personen und technischen Analphabeten kommen. Zur Herstellung von Chancengleichheit beim Zugang zu Angeboten unterstützt der Kanton aktiv.

Mögliche Massnahme:

Weiterbildungsgutscheine:
Arbeiten + Bildung



Bei den Befreiten handelt es sich oft um Frauen und Männer mit geringer Qualifikation. Sie haben in Berufen gearbeitet, die kaum Kontakt mit neuen Technologien boten. Sei dies als Reinigungspersonal oder Bauarbeitende. Oftmals kombiniert mit sprachlichen Schwierigkeiten werden sie künftig Mühe haben, sich neue Technologien anzueignen. Über Berufsverbände oder migrationsnahe Organisationen könnten diese Personen beim Eintritt in die Pensionierung **Weiterbildungsgutscheine** erhalten. Bei Kursen wird ihnen in verschiedenen Sprachen die Bedienung von Billetautomaten oder Grundkenntnisse zur Internetnutzung vermittelt. Haben sie einen Kurs erfolgreich absolviert, erhalten sie entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten beispielsweise einen Laptop, Internetanschluss oder ein Smartphone zu günstigen Konditionen. Mit dem Anschluss an die virtuelle Welt können die «Befreiten» ihre individuellen Technologiekompetenzen nun weiter entwickeln.

Soziale Kontakte fördern.

Beschränken sich soziale Kontakte älterer Menschen auf einzelne Familienangehörige oder Freunde oder sind sie abhängig von einem gesellschaftlich-beruflichen Umfeld, droht die Gefahr der Isolation, sobald diese Kontakte wegfallen. Zu den Folgen der Isolation gehören häufig Fehlernährung, sinkendes Wohlbefinden und eine Verschlechterung der Gesundheit. Mit einer aktiven Förderung von Kontakten zu Gemeinschaften können diese Folgen abgefedert werden. Dabei bieten neue Kommunikationsmittel Unterstützung und helfen, den Alltag zu strukturieren.

Mögliche Massnahmen:



In einer Welt nach Plan könnte der Kanton Organisationen, Verbände, Schulen oder Nachbarschaftsinitiativen motivieren, gemeinsame **Mittagstische** anzubieten. Bei diesen günstigen Mahlzeiten nehmen ältere Leute aus dem Quartier teil und pflegen dadurch soziale Kontakte.

Die Mittagstische können ideal mit Tagesschulen kombiniert werden, wo Eltern gemeinsam mit pensionierten Frauen und Männern kochen. Ältere Menschen profitieren nicht nur von einem höheren Wohlbefinden, weil sie sich mit Kindern, Eltern oder anderen älteren Menschen austauschen können. Sie gewinnen auch gesundheitlich von der regelmässigen Ernährung. Sind vorhandene Angebote nicht selbsttragend, könnten sie vom Kanton finanziell oder infrastrukturell unterstützt werden.



In der aufwendigen Welt sind nachbarschaftliche Hilfen wenig stark ausgeprägt und gehen selten über freundschaftliche Dienste hinaus. Der Kanton unterstützt deshalb professionell organisierte **Telefonketten**, mit denen Kontakte zwischen älteren Menschen gestärkt werden. Sie tragen dazu bei, vor sozialer Isolierung oder Einsamkeit zu bewahren. Gerade Menschen, die alleinstehend und in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, können ihre Kontakte nur noch eingeschränkt pflegen und neu aufbauen. Telefonketten bieten die Gelegenheit, soziale Netzwerke neu zu weben. Die Funktionsweise ist einfach: Regelmässig zu einer vereinbarten Zeit rufen sich die Mitglieder der Kette an und erkundigen sich nach dem gegenseitigen Befinden. Eine Teilnehmerin oder ein Teilnehmer übernimmt die Verantwortung für den Start und das Ende der Telefonkette. Der Rhythmus der Kontaktnahme kann beliebig festgelegt und flexibel besonderen Situationen angepasst werden, etwa bei gesundheitlichen Problemen. In Zukunft dürfte sich diese Netzwerkpflege, wie sie heute bereits an verschiedenen Orten genutzt und auch gefördert wird, zunehmend in die elektronische Welt verlagern. Mit dem technologischen Wandel, gerade in der Mobiltechnologie, erhöhen sich die Möglichkeiten, mit dem Eintritt einer technologieaffineren Generation auch die Akzeptanz und die Sicherheit im Umgang mit neuen Kommunikationsformen. Über Dienste wie Twitter können Nachrichten ausgetauscht, über

Stossrichtung 3.2

Mittagstische:
Gesundheit
Wohnumfeld + Wohnen

Telefonketten:
Gesundheit
Wohnumfeld + Wohnen

eigene Gruppen in sozialen Netzwerken wie Facebook Kontakte aufgebaut und regelmässig gepflegt werden, allenfalls angeleitet, animiert und unterstützt von speziell ausgebildeten Netzbetreuenden. Und vielleicht finden sich ältere Menschen beziehungsweise ihre Avatare ja künftig in virtuellen Welten zu Jassnachmittagen, politischen Diskussionen oder Kaffeekränzchen zusammen.

Stossrichtung 3.3

Gleiche Chancen für ein gutes Wohlbefinden, gute Gesundheit und den Erhalt der kognitiven Fähigkeiten schaffen.

Grundsätzlich verbessert sich das Wohlbefinden bei der älteren Bevölkerung. Gerade bei gut qualifizierten älteren Personen steigt das Gesundheitsbewusstsein deutlich an und häufig werden sportliche Tätigkeiten bis ins hohe Alter weitergeführt. Dies fördert ein höheres Wohlbefinden, eine länger gut bleibende Gesundheit und bessere kognitive Fähigkeiten. Ein Teil der älteren Bevölkerung hatte aufgrund des früheren Lebensstils nicht die Möglichkeit, ein solches Bewusstsein zu entwickeln. Sei dies aufgrund physischer oder psychischer beruflicher Belastungen, aufgrund eines aufwendigen Lebensstils oder der mangelnden Fähigkeit, einen Zusammenhang zwischen Ernährung, Gesundheit und Wohlbefinden zu erkennen. Diese älteren Personen sollen aktiv bei der Aufnahme eines entsprechenden Engagements im Alter unterstützt werden.

Mögliche Massnahme:

«Vita Parcs»
Gesundheit

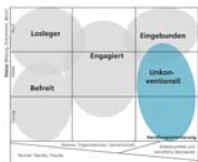


In der Welt nach Plan hat die Gesundheitsförderung einen hohen Stellenwert und es existieren viele Initiativen auf privater Basis. Der Kanton unterstützt in diesem Zuge die **Errichtung von «Vita Parcs»** mit Freiluft-Geräteparcours für alle Generationen. Die Parks bieten ein niederschwelliges Fitnessangebot und fördern gleichzeitig den Kontakt zwischen den Generationen. In Wien sind seit 2007 bereits fünf solcher Parks eröffnet worden. Der Park Kagran bietet Fitnessgeräte, eine Philosophenwald, Kletternetze, Gartenzimmer und Wasserspiele. Den Generationenpark Rossau haben nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner des nahen Pensionistenwohnhauses für sich entdeckt. Auch Familien probieren sich an den Fitness-Geräten. Die Spielgeräte umfassen meist eine Beinpresse zur Stärkung der Beinmuskulatur, eine «Strassenbahn» für das Stehvermögen und Gleichgewicht, ein Kugelspiel für das Zusammenspiel von Augen und Beinen, ein Boxerrad zur Verbesserung der Ausdauer und ein Rudergerät zur Stärkung der Arm- und Rumpfmuskulatur. Im Park Rossau gibt es zusätzlich eine Tafel mit Gedächtnistraining und Kopfübungen. Solche «Vita Parcs» sind nach chinesischem Vorbild konzipiert. Dort existieren Bewegungsanlagen für Erwachsene unter freiem Himmel seit über zwanzig Jahren und gehören mittlerweile zum Stadtbild. In der Schweiz hat die Genfer Vorortsgemeinde Meyrin den ersten Schritt gemacht und 2009 einen Platz mit speziellen Treibänken, Rampen, Leitern und anderen Geräte eingeweiht.

Verschiedene Sozialisierungshintergründe bei der Unterstützung berücksichtigen.

Die Unterstützung älterer Personen ist heute noch kaum auf spezifische Bedürfnisse eingerichtet, sei dies im individuellen Pflegebereich, in Alters- oder Pflegeheimen oder bezüglich gemeinschaftlicher Wohnformen. Davon betroffen ist einerseits eine Minderheit von Personen, die künftig bis ins hohe Alter einen unkonventionellen Lebensstil führen möchten. Daneben gibt es eine steigende Anzahl Personen mit Migrationshintergrund und eher geringer Qualifikation, die auf spezifische Unterstützungsangebote angewiesen ist.

Mögliche Massnahmen:



Dank besseren Therapierungsmöglichkeiten hat sich die Lebenserwartung in allen Dimensionen erhöht. So erreichen heute Suchtmittel-, Alkohol- oder Drogenabhängige, aber auch viele Behinderte das Rentenalter, während sie bisher relativ früh an den Folgen ihres ungewöhnlichen Lebensstils oder ihrer Behinderung gestorben sind. Gewöhnliche Altersheime kommen für solche spezifischen Gruppen kaum in Frage. Das abweichende Verhalten von Suchtkranken beispielsweise erfordert im Zusammenleben eine Toleranz und Umsicht, die von gewöhnlichen pflegebedürftigen älteren Menschen kaum aufgebracht werden kann. Auch ihre Behandlung ist speziell. Sie müssen nach wie vor mit Suchtmitteln versorgt werden, da sie kaum mehr von ihrer Abhängigkeit loskommen werden. Oft leiden sie an multiplen Krankheitsbildern. In Zusammenarbeit mit anderen Kantonen oder mit Städten könnte der Kanton die Einrichtung von **Alterspflegeheimen initiieren, die sich an spezifische Gruppen** mit besonderem Pflegeaufwand richten. Diese sollten in ein sozial passendes Umfeld gebettet werden, in das sich die Heimbewohnerinnen und -bewohner integrieren können. Geeignet sind beispielsweise innerstädtische Quartiere, die geprägt sind von einer hohen Toleranz in der Nachbarschaft.



Der Anteil alter und insbesondere hochaltriger Menschen in der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren markant zunehmen. Damit werden auch die Pflegebedürftigkeit und der Bedarf nach **Betreuungs- und Pflegepersonal** in den nächsten Jahrzehnten stark zunehmen. Der Betreuungs- und Pflegesektor steht nicht nur quantitativ vor neuen Herausforderungen. Patientinnen und Patienten, Betagte und Pflegebedürftige werden multikultureller und die zunehmend ausdifferenzierten Lebensstile bringen heterogene, teils auch widersprüchliche Erwartungen an die medizinische Versorgung und die pflegerische Betreuung mit sich. Die transkulturelle Pflege, der Umgang mit Patientinnen und Patienten aus verschiedensten lebensweltlichen Kontexten, wird zu einem unverzichtbaren Bestandteil im Gesundheitswesen. Die verstärkte Integration von Migrantinnen und Migranten in der Pflege bietet die Möglichkeit, ihre spezifischen

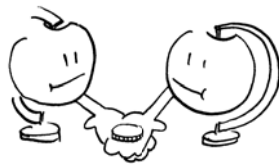
Stossrichtung 3.4

Alterspflegeheime
für spezifische Gruppen:
Gesundheit
Wohnumfeld + Wohnen

Betreuungs- und Pflegepersonal:
Gesundheit
Arbeiten + Bildung

Kompetenzen und Ressourcen zu nutzen. Der Kanton kann an verschiedenen Stellen einen Beitrag leisten, um die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern und auf diese Veränderungen hin auszurichten. Neben einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung von Pflegetätigkeiten und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in finanzieller und qualitativer Hinsicht, kommt der Qualifizierung des Pflegepersonals eine wichtige Funktion zu. In Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen und Berufsfachschulen können Aus- und Weiterbildungsangebote gestaltet werden, welche die unterschiedlichen kulturellen und sozialen Lebenswelten ins Zentrum stellen. Dies sowohl auf Seiten der Patientinnen und Patienten als auch des Pflegepersonals.

Allgemeine Dienstpflicht:
Gesundheit



Die Nachfrage nach Betreuungs- und Pflegedienstleistungen wird unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung stark zunehmen. Die Möglichkeiten und die Bereitschaft für solche nicht entschädigten Dienstleistungen innerhalb

der Familien werden weiter abnehmen. Werden die finanziellen Mittel sowohl bei der öffentlichen Hand als auch bei den Privaten knapper, wie es in der abgefederten Welt der Fall ist, sind andere Wege zu suchen, um diese Nachfrage zu befriedigen. Eine Möglichkeit wäre die **Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht**. Wesentliche Änderungen gegenüber heute könnten sein, dass sowohl Frauen als auch Männer betroffen sind und dass das Dienstleistungsspektrum einen Schwerpunkt bei den Dienstleistungen für ältere Menschen vorsieht. Eine solche Massnahme müsste auf politischer und gesellschaftlicher Ebene diskutiert und entschieden werden. Aufgabe des Kantons ist es primär, die notwendigen Grundlagendaten und -informationen aufzubereiten und verfügbar zu machen.

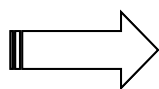
Stossrichtung 3.5

Die Folgen individueller Lebensverläufe in Erwerbsjahren kompensieren.

Die Zahl der älteren Männer und Frauen mit «Patchwork»-Biographien wächst. Diese verfügen über längere Erwerbsunterbrechungen und mehrjährige Auslandsaufenthalte oder waren unter finanziell schwierigen Bedingungen Alleinerziehend. Ebenso steigt die Anzahl der Menschen mit internationalem Migrationshintergrund, die in den nächsten 20 Jahren ins Pensionsalter kommt. Viele von ihnen sind gut qualifiziert und haben sich gut integriert. Ein bedeutender Teil verfügt jedoch über einen eher tiefen Status und hat teilweise über viele Erwerbsjahre ohne Sozialversicherungen gearbeitet. Solche Lebensläufe haben finanzielle Unsicherheiten im Pensionsalter zur Folge, die es aufzufangen gilt.

Mögliche Massnahmen:

Anpassung der Sozialwerke:
Soziale Sicherheit



Die Anpassung der Sozialversicherungssysteme an individuelle Lebensverläufe in erwerbstätigen Jahren wird künftig zu den grossen Sozialreformvorhaben gehören. Erwerbslebensläufe, die geprägt sind von langjähriger Teilzeitarbeit, Kurzzeit-

arbeit, längeren Aufenthalten im Ausland oder internationaler Migration, nehmen zu. Mit der parallel dazu stattfindenden Zunahme von Patchworkfamilien und einer hohen Scheidungsrate wird die Altersvorsorge für Einige in Zukunft prekär sein. Heute gibt es noch wenige Ansätze für staatliche Sozialversicherungsmodelle, die auf flexible Erwerbstätigkeiten ausgerichtet sind. Das ILO-Übereinkommen 157 «über die Einrichtung eines internationalen Systems zur Wahrung der Rechte in der Sozialen Sicherheit» aus dem Jahr 1982 wurde lediglich von vier Staaten ratifiziert. Seit 2007 werden in der Europäischen Union sogenannte Flexicurity-Ansätze diskutiert. Im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie sind die Mitgliedstaaten gehalten, in ihren Nationalen Reformprogrammen lebenszyklusbasierte Ansätze in der Beschäftigungspolitik zu fördern. Zivilgesellschaftliche Akteure und Wissenschaft diskutieren in Deutschland verschiedene Modelle: Von der Ausweitung der Versicherungspflicht über die wohnsitzbasierte Grundrente mit einkommensabhängiger Zusatzrente zur Höherbewertung niedriger Renten aufgrund kürzerer Lebenserwartung. In enger Zusammenarbeit mit Hochschulen und der Politik könnte der Kanton sich auf diese Diskussion einstellen und eine Position entwickeln. Im Hinblick auf einen langfristigen Umsetzungszeitraum, weil die konkreten Handlungsmöglichkeiten Bundesebene liegen, könnte er einen Verbund mit anderen Kantonen bilden, der gegenüber dem Bund mit einheitlicher und klarer Haltung auftritt.

Handlungsfeld 4: Eigenverantwortung einfordern

Die älteren Generationen übernehmen ein grosses Mass an Eigenverantwortung. Denn ein Grossteil der «Babyboomer-Generationen» verfügt über vielfältige Möglichkeiten, sich selbst zu versorgen und mit der Übernahme von Eigenverantwortung solidarisch in der Gesellschaft zu handeln.

Stossrichtung 4.1: Anreize zur privaten Vorsorge schaffen.

Stossrichtung 4.2: Umfang und Ausrichtung der altersspezifischen öffentlichen Dienstleistungen überprüfen.

Stossrichtung 4.3: Umverteilung innerhalb der älteren sowie zwischen allen Generationen diskutieren und anpassen.

Anreize zur privaten Vorsorge schaffen.

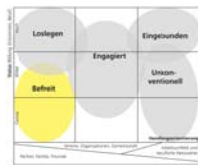
Heute ist, wenn überhaupt, nur ein marginaler Anstieg zu einer stärkeren Vorsorge in die 3. Säule zu beobachten, obwohl bei vielen älteren Personen die finanziellen Möglichkeiten dafür gegeben wären. Bedingt durch das individuelle Umfeld wird in jungen Lebensjahren teilweise wenig sorgsam mit der eigenen Gesundheit umgegangen. Beide Aspekte machen sich im Alter bemerkbar. Verschiedene Anreize sollen bereits bei jungen Generationen, mit dem Zeithorizont 2030 spätestens bei Personen ab 40 Jahren, zu einer Stärkung der individuellen Vorsorge beitragen. Für den ersten Aspekt

Stossrichtung 4.1

ist primär der wohlhabende Teil der Gesellschaft angesprochen, für den zweiten Aspekt die mittleren bis unteren Einkommensgruppen.

Mögliche Massnahme:

Anreize für
Gesundheitsvorsorge:
Gesundheit



Eine bewusste Gesundheitsvorsorge hängt stark von der individuellen Lebenslage ab. Besonders prägend für ein hohes Bewusstsein ist dabei ein guter Bildungshintergrund. Weitere bestimmende Faktoren für den individuellen Gesundheitszustand sind Doppelbelastungen durch Erwerbstätigkeit und familiäre Verpflichtungen oder enge finanzielle Spielräume. Die Forderung zur Eigenverantwortung bei der Gesundheitsvorsorge kann aufgrund der individuellen Ausgangslage strafend oder entmutigend wirken, wird sie an allgemeingültigen Standards gemessen. Dies ist vor allem für den Lebensstil «Befreit» relevant. Es ist deshalb wichtig, dass relative Fortschritte gefördert werden. Erwägt Prävention positive Anreize und **belohnt individuelle, massgeschneiderte Lösungen**, so ist eine Motivation unabhängig der Ausgangslage erfolgversprechend. So könnten beispielsweise Arztbesuche nach individuellen Behandlungsergebnissen vergütet werden: Ist der Blutzuckerwert beim zweiten Besuch deutlich besser als beim ersten, so kostet die Behandlung weniger, egal ob dieser bereits einem normierten Wert entspricht. Oder es werden Aktivitäten unterstützt, die vordergründig nicht mit Sport im Zusammenhang stehen, die aber Bewegung als Nebenprodukt enthalten. Es könnten auch persönliche «Präventionsfonds» eingerichtet werden. Jeder Einzelne verfügt über einen solchen Fonds, der je nach Behandlungserfolg oder mit Aktivitäten geöffnet wird. Mit der relativen Verbesserung des Gewichts oder der Teilnahme bei Walking-Kursen könnten Punkte gesammelt werden. Diese Punkte werden anschliessend eingelöst, in Form von Behandlungsgutscheinen, Wellness-Abos oder Sportgeräten.

Stossrichtung 4.2

Umfang und Ausrichtung der altersspezifischen öffentlichen Dienstleistungen überprüfen.

Die finanzielle Situation der Generation, welche heute oder spätestens bis ins Jahr 2030 ins Pensionsalter kommt, ist historisch gesehen die beste. Erbschaften bis ins hohe Alter und ein hoher Anteil von Immobilienbesitz tragen dazu bei. Die Lebenserwartung steigt bei dieser Generation weiter an und die medizinischen Möglichkeiten zur Verlängerung des Lebens werden vielfältiger. Die Situation ist jedoch von zunehmender Heterogenität bezüglich des finanziellen Spielraums gezeichnet. Vor diesem Hintergrund soll überprüft werden, wer unter welchen Bedingungen wie lange von öffentlichen Unterstützungsdienstleistungen profitieren soll.

Mögliche Massnahmen:

Leistungskatalog KVG:
Gesundheit
Soziale Sicherheit



In der abgefederten Welt sind die öffentlichen Haushalte von sinkenden Einnahmen betroffen. In einer solchen Welt unterstützt der Kanton die

kritische Hinterfragung des Leistungskatalogs der KVG in einem transparenten Prozess. Als Grundsatz soll gelten, dass nur Leistungen beibehalten oder neu aufgenommen werden, die ein bestimmtes Verhältnis von Kosten und Wirksamkeit aufweisen. In die Berechnung der Wirksamkeit werden neben dem evidenzbasierten Nachweis eines Heilungserfolgs auch das Kriterium der Lebensqualität und ökonomische Konsequenzen aufgenommen. Nach dieser Neubewertung werden weniger wirksame Techniken und Behandlungen eliminiert. Der Kanton nimmt seinen Einfluss über die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) wahr, im Rahmen des Schwerpunkt-Themas «KVG-Revision».



Bei verschiedenen Dienstleistungsangeboten erhalten ältere Personen systematisch Vergünstigungen. Beispiele dafür sind Abonnemente des öffentlichen Verkehrs, Eintritte bei Kulturanlässen oder Skiabonnemente. In der aufwendigen Welt ist Wohlstand bei vielen älteren Personen vorhanden, es wird jedoch kaum aus Solidarität auf Vergünstigungen verzichtet. Angesichts dieses Szenarios könnte geprüft werden, die **Vergünstigungen generell oder zumindest bei den Gutsituerten abzuschaffen**.

Vergünstigungen:
Alle Bereiche



Der Bezug von Gesundheitsleistungen und damit die Belastung der Krankenversicherung nehmen mit steigendem Alter zu, auch in der Welt nach Plan. Entsprechend dem Verursacherprinzip und aufbauend auf dem gesellschaftlichen Konsens in diesem Szenario könnten ältere Personen, soweit sie über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen, stärker als bisher bei den Kosten beteiligt werden. Dies könnte beispielsweise mit einer **Erhöhung der Franchise bei der obligatorischen Krankenversicherung in Abhängigkeit der Einkommens- und Vermögenssituation** von älteren Personen erreicht werden.

Krankenversicherung in
Abhängigkeit der Situation:
Gesundheit

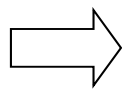
Umverteilung innerhalb der älteren sowie zwischen allen Generationen diskutieren und anpassen.

Der Wohlstand der älteren Generationen ist ungleich verteilt. Besonders stark von Altersarmut betroffen sind eine wachsende Anzahl geschiedener oder ehemals alleinerziehender Frauen sowie generell ältere Personen mit geringer Bildung. Sie können neben einer bescheidenen Rente in vielen Fällen kaum auf private Vorsorge zurückgreifen. Einen markanten Unterschied zeigt sich auch zwischen dem dritten und vierten Lebensabschnitt. So sind Personen ab 80 Jahren wegen teilweise stark ansteigenden Gesundheitskosten besonders vom Armutsrisiko betroffen. Zur Verringerung der Ungleichheiten sind Fragen der inter- und intragenerationellen Verantwortung zu diskutieren und neue Formen der Umverteilung, insbesondere über die Ausgestaltung und Finanzierung der Altersvorsorge, zu prüfen.

Stossrichtung 4.3

Mögliche Massnahme:

Finanzielle Altersvorsorge
Soziale Sicherheit



Das auf drei Säulen beruhende **System der finanziellen Altersvorsorge** hat sich im Wandel der Zeit entwickelt und ist eine der zentralen Errungenschaften des Schweizerischen Sozialstaats. Die laufenden Revisionsschritte bei der AHV und den Pensionskassen illustrieren, dass das System im Hinblick auf den demographischen Wandel einem hohen Anpassungsbedarf unterliegt. Die kontroversen öffentlichen Debatten im Zuge von Abstimmungen unterstreichen die hohe Wertschätzung und rühren auch aus der direkten Betroffenheit jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers. Das soziale Sicherungssystem ist eine sehr zentrale, aber auch eine stark durch Emotionen geprägte Stellschraube der Umverteilung. Argumente zur Sicherung der langfristigen finanziellen Tragbarkeit, des inter- und intragenerationellen Ausgleichs treffen aufeinander. Hinzu kommt, dass Veränderungen im System aufgrund langer Reaktionszeiten erst in Jahren die beabsichtigen Wirkungen zeigen. Die politischen Entscheidungsträger können sich dafür einsetzen, dass die notwendige gesellschaftliche Debatte um die Zukunft der finanziellen Altersvorsorge, die oft stark ideologisch gefärbt bleibt, auf einer fundierten und sachlichen Basis geführt werden kann. Notwendig ist eine ganzheitliche Betrachtung von Alterssicherung und Umverteilung, die etwa auch Privattransfers wie Schenkungen oder Erbschaft einbezieht. Auf Basis eines solchen Dialogs kann auch eine langfristig konsistente Weiterentwicklung angedacht und diskutiert werden, welche über die Aneinanderreihung tagespolitisch gefärbter Revisionsschritte hinausgeht.

Handlungsfeld 5: Den Solidaritätsgedanken aktivieren

Der Solidaritätsgedanke der älteren Leute ist aktiviert und gegenüber heute gestärkt. Damit besteht ein Nährboden für das freiwillige informelle und formelle Engagement. Neben der bezahlten Freiwilligenarbeit ist auch die unbezahlte Arbeit in verschiedenen Bereichen, auf familiärer, freundschaftlicher und gemeinschaftlicher Ebene ausgeweitet worden.

Stossrichtung 5.1: Informelle familiäre und freundschaftliche Pflege fördern.

Stossrichtung 5.2: Eigen initiierte Projekte begleiten und unterstützen.

Stossrichtung 5.3: Rahmenbedingungen zur Entschädigung verschiedener Stufen von freiwilligen Engagements festlegen.

Stossrichtung 5.4: Gemeinschaftliche Lebensstrukturen fördern.

Stossrichtung 5.1**Informelle familiäre und freundschaftliche Pflege fördern.**

Der Gesundheitszustand hängt immer weniger vom Alter und vielmehr vom individuellen Lebensstil ab. Viele Krankheitsbilder können künftig ambulant behandelt werden und haben keine intensive stationäre Pflege zur Folge. Familiäre Kontakte beschränken sich zunehmend auf einzelne Kontakte und viele Ältere werden sich künftig aufgrund ihres Lebenslaufes nur

noch in geringem Masse an familiären Banden orientieren. Das freundschaftliche und nachbarschaftliche Umfeld nimmt an Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund soll sowohl die informelle familiäre, nachbarschaftliche als auch freundschaftliche Pflege gefördert werden. Von besonderer Bedeutung sind neue Möglichkeiten der Kommunikation zwischen den Generationen bzw. zwischen Pflegenden und Gepflegten.

Mögliche Massnahme:



Engagierte ältere Personen setzen sich häufig in der Gemeinde freiwillig für andere Personen ein. Der Kanton anerkennt dieses Potenzial und fördert die Freiwilligenarbeit im Pflegebereich als Ergänzung zur Arbeit von Fachleuten durch **Zeitgutschriften**. Das Pflege- und Betreuungssystem «Fureai Kippu», welches in Japan seit längerem erfolgreich umgesetzt wird, funktioniert auf der Grundlage eines Zeittauschsystems, in dem Pflegestunden als Komplementärwährung gelten. Wer seine Zeit zur Verfügung stellt, bekommt die Stunden auf einem eigenen Zeitkonto bei einer Zeittauschzentrale gutgeschrieben und kann zu einem späteren Zeitpunkt – bei eigener Pflegebedürftigkeit – davon Gebrauch machen. Ein solches Modell soll - unter Vorbehalt der Zustimmung der politischen Instanzen - in der Stadt St.Gallen voraussichtlich ab 2012 eingeführt werden.

Zeitgutschriften:
Gesundheit
Arbeiten + Bildung
Wohnen + Wohnumfeld

Das Pflege- und Betreuungssystem «Fureai Kippu», welches in Japan seit längerem erfolgreich umgesetzt wird, funktioniert auf der Grundlage eines Zeittauschsystems, in dem Pflegestunden als Komplementärwährung gelten. Wer seine Zeit zur Verfügung stellt, bekommt die Stunden auf einem eigenen Zeitkonto bei einer Zeittauschzentrale gutgeschrieben und kann zu einem späteren Zeitpunkt – bei eigener Pflegebedürftigkeit – davon Gebrauch machen. Ein solches Modell soll - unter Vorbehalt der Zustimmung der politischen Instanzen - in der Stadt St.Gallen voraussichtlich ab 2012 eingeführt werden. Eine Anbindung des Zeittausches an die Spitex wurde in der Diplomarbeit «Komplementärwährung in der Spitex» von Cécile Schefer bereits angedacht. Der Kanton könnte eine Anbindung einer Zeittauschbörse an die Spitex überprüfen oder private Initiativen fördern, welche solche Zeittauschzentralen aufbauen möchten. Unterstützungsbedarf besteht insbesondere darin, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu steigern. Da noch kaum Erfahrungswerte vorliegen, fehlt das Vertrauen in die Eintauschbarkeit der gesparten Stunden. Für private Initiativen ist ausserdem die Bereitstellung von Startkapital oder Unterstützung beim Fund Raising, solange eine selbsttragende Finanzierung nicht möglich ist, hilfreich. Ein weiterer Schritt ist die Überprüfung und der Abbau behördlicher Hürden für Zeittauschsysteme. Sollen diese an professionelle Organisationen wie die Spitex angebunden werden, muss der rechtliche Rahmen geprüft und allenfalls auf Bundesebene angepasst werden. Die Handlungsmöglichkeiten des Kantons sind diesbezüglich eingeschränkt. Mit der Verbreitung solcher Systeme fördert der Kanton mehr Lebensqualität durch die Vernetzung älterer Menschen und trägt zur Stärkung der ausserfamiliären Pflege bei. Zum Engagement bereite ältere Personen werden aktiviert und Pflegebedürftige sind gleichzeitig einer geringeren Gefahr der Vereinsamung ausgesetzt. Letztlich tragen Zeittauschsysteme zur Dämmung der steigenden Pflegekosten bei, sofern der Eintritt älterer Menschen in ein Alters- und Pflegeheime dadurch verzögert werden kann.

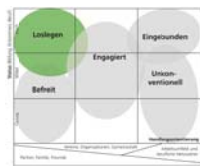
Stossrichtung 5.2

Eigen initiierte Projekte begleiten und unterstützen.

Ältere Personen, oftmals mit höherer Qualifikation, sind gerade im jüngeren Rentenalter zunehmend bereit, ihr spezifisches Wissen weiterhin einzubringen. Im Kontext dessen, dass mit der Pensionierung der Babyboomer-Generation ein grosser Verlust von Wissen auf dem Arbeitsmarkt droht, insbesondere eines Lehrermangels, sollen Projekte, die eigen initiiert werden, unterstützt und begleitet werden.

Mögliche Massnahme:

Projektspezifische Weiterbildung:
Arbeiten + Bildung



Die Bereitschaft, das eigene Wissen über das Pensionsalter hinaus einzubringen, ist hoch. Künftig möchten sich aber ältere Personen, insbesondere vom Lebensstil «Loslegen», eher weniger in regelmässige und langfristige freiwillige Tätigkeiten einbinden lassen, sondern sich projektbezogen engagieren. So bringen sie gezielt ihr Wissen auf Basis persönlicher Interessen und auf eigene Initiative ein. Was bei der Umsetzung der Projekte oft fehlt, sind Netzwerke und Infrastrukturen oder umfassendes Wissen zu Projektmanagement. **Individuelle Beratung und Begleitung oder projektspezifische Weiterbildungen** helfen in diesem Fall weiter. Der Kanton setzt sich dafür ein, dass die im Sommer 2010 lancierte Generationenakademie bei den Gemeinden bekannt wird und unterstützt damit aktiv ein Angebot, das in den nächsten beiden Jahrzehnten eine stark wachsende Nachfrage erleben wird. Die Generationenakademie bietet individuelle Weiterbildungen, bei denen die Erfahrungen, Anliegen und Fragestellungen der Auszubildenden im Mittelpunkt stehen. Ältere Personen können selbst bestimmen, was sie lernen möchten und gestalten die Weiterbildung aktiv mit. Diese dauert ein halbes Jahr und wird mit einem Zertifikat abgeschlossen. Angesprochen sind nicht nur engagierte Einzelpersonen, sondern auch Gemeindeverwaltungen, die das Potenzial in ihrer Gemeinde analysieren und interessierte Personen motivieren möchten.

Zwischennutzung:
Raumentwicklung + Mobilität



In der Welt nach Plan ist die Flexibilisierung der Altersschranke breit akzeptiert. Das bringt mit sich, dass viele ältere Menschen den Übergang ins Pensionsalter von sich aus fliegend gestalten möchten. Sie suchen alternative Formen, sich in selbständiger Tätigkeit, alleine oder gemeinsam, in die Gesellschaft einzubringen. Dabei steht weniger eine wertschöpfungsstarke Dienstleistung oder Produktion im Vordergrund, als vielmehr Projekte, welche qualitativ hochwertige Produkte oder gesellschaftlich als sinnvoll erachtete Dienstleistungen hervorbringen. Die Ideen und der Wille sind oft da, die Rahmenbedingungen fehlen jedoch vielerorts. Gemeinden und Regionen können sich dies zu Nutze machen, indem sie leerstehende Gebäude – seien diese aus der Industrie oder aus ehemaliger Dienstleistungstätigkeit – für eine **Zwischennutzung** zur Verfügung stellen. In diesen Gebäuden können sich ältere Personen in Ateliers einrichten, sich temporäre Büros einrichten oder ganz einfach projektbezo-

gen Infrastrukturen mitnutzen. Diese Zwischennutzungen müssten nicht nur auf ältere Generationen beschränkt sein, sondern könnten auch Jungen offen stehen. Das Potenzial der älteren Generationen liegt darin, dass sie sich nicht zwingend eine Lage wünschen, die einem bestimmten urbanen Milieu nahe ist. Die Räumlichkeiten sollten vielmehr in der Nähe des Wohnumfelds sein. Damit eröffnet sich auch für ländliche oder weniger zentral gelegene Agglomerationsgemeinden die Möglichkeit, Brachen zu nutzen.



Das spontane und kurzfristige Engagement der Loslegenden könnte mit der Einrichtung eines **Veranstaltungskalenders** gefördert werden: Organisationen, Unternehmen, Vereine oder Private platzieren «Jobs» für einen bestimmten Event in diesem Kalender. Loslegende können sich spontan entscheiden, wo und wann sie sich engagieren möchten: vom Kuchen backen für einen einmalig stattfindenden Sportanlass über die Beratung eines Veranstalters zum Businessplan. Teilnehmende Organisationen und Unternehmen können sich um ein Label beim Kanton bewerben, das sie als generationenfreundlich und damit seriös klassifiziert.

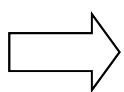
Veranstaltungskalender:
Arbeiten + Bildung

Rahmenbedingungen zur Entschädigung verschiedener Stufen von freiwilligen Engagements festlegen.

Stossrichtung 5.3

Im jüngeren Rentenalter ist ein Anstieg des informellen Engagements zu beobachten. Organisiertes und strukturiertes Engagement mit Leistungsaufträgen wird in Zukunft von der höher gebildeten älteren Bevölkerung jedoch eher weniger als heute wahrgenommen; projektbezogenes Engagement wird dominieren. Vor diesem Hintergrund sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Anreize für unterschiedliche Stufen von freiwilligem Engagement bieten.

Mögliche Massnahme:



Auf der Ebene der Gemeinden scheitert die Integration von informellem und freiwilligem Engagement in formelle Bereiche oftmals daran, dass keine **einheitliche Haltung zur Entschädigung** besteht. Eine klare Haltung des Kantons als Signal könnte hier bereits in einem kurzfristigen Zeitraum Abhilfe leisten. Diese Haltung könnte zur einfacheren Kommunikation an eine bestimmte Form des Engagements gekoppelt werden, zum Beispiel an die Unterrichtshilfe älterer Personen in Schulklassen. Zur Honorierung des Engagements auf individueller Ebene gibt es heute bereits den Schweizer Sozialzeitausweis, welcher eine Form von Arbeitszeugnis für freiwilliges Engagement darstellt. Dieser Ausweis ist ein ideales Instrument zur Dokumentation des persönlichen Engagements im Hinblick darauf, dass dieses künftig vorwiegend projektbasiert stattfinden wird.

Entschädigung freiwilligen Engagements:
Arbeiten + Bildung

Anreize für Engagement:
Arbeiten + Bildung



Moralische und ethische Grundwerte treten als dominierende Motive für freiwilliges Engagement immer mehr in den Hintergrund. Erwartet werden zunehmend, im Sinne eines solidarischen Individualismus, ein individueller Nutzen und eine persönliche Befriedigung. Eine Haltung, die gerade beim Lebensstil der «Losleger» sehr ausgeprägt ist. Die veränderte Motivation geht einher mit neuen Formen freiwilliger Tätigkeit. Gesucht wird ein Engagement mit geringer Formalisierung, kreativen Gestaltungsmöglichkeiten und einem zeitlich beschränkten Einsatz. Die Verpflichtung erfolgt kurzfristiger. Die Vielfalt an Motiven macht den Einsatz von unterschiedlichen **Anreizformen** notwendig, um die Freiwilligenarbeit weiter zu stärken. Der Kanton kann in verschiedener Hinsicht einen Beitrag dazu leisten. Wesentliche Basis ist die Schaffung einer Anerkennungskultur für Freiwilligenarbeit, wie sie etwa im Sozialzeitausweis zum Ausdruck kommt. Daneben kann der Austausch zwischen Freiwilligenorganisationen und der Lobbyarbeit durch eine stärkere Vernetzung gestärkt werden. Freiwilligenarbeit.ch oder Benevol, die Dachorganisation der Fach- und Vermittlungsstellen für Freiwilligenarbeit, vermitteln Informationen oder bieten Bildungsmöglichkeiten an. Die Benevol-Fachstellen wirken als Anlaufstelle für Organisationen, die auf Freiwilligenarbeit angewiesen sind, aber auch für alle, die selber Freiwilligenarbeit leisten. Bildungs-, Beratungs- und Informationsangebote, wie sie etwa der vom Migros-Kulturprozent und dem Sozialdepartement der Stadt Zürich unterstützte Verein Vitamin B anbietet, kommt im Hinblick auf die Qualifikation und persönliche Befriedigung ehrenamtlich tätiger Personen eine wachsende Bedeutung zu.

Stossrichtung 5.4

Gemeinschaftliche Lebensstrukturen fördern.

In den nächsten Jahrzehnten nimmt der Wunsch nach alternativen, ausserfamiliären Beziehungsformen im nachbarschaftlichen Umfeld und Partizipation in der Gesellschaft als Folge veränderter Familienformen und steigender Mobilität zu. Gerade bei Kinderlosen ist die Orientierung an familiären Banden gering und die Familie als Bezugsrahmen im Alltag verliert an Bedeutung. Gemeinschaftliche Lebensformen beim Wohnen und im Wohnumfeld, beispielsweise Begegnungsorte in öffentlichen Räumen oder soziale Treffpunkte, tragen zum Zusammenhalt innerhalb und zwischen den Generationen bei, unabhängig von familiären Situationen.

Mögliche Massnahmen:

Patengrosseltern:
Wohnumfeld + Wohnen



Engagierte ältere Menschen sind oft bereit, einen Teil ihrer verfügbaren Zeit für die Betreuung von Kindern einzusetzen. Gerade in den Städten werden künftig viele ältere Frauen und Männer leben, die entweder kinderlos sind oder deren eigenen Enkelkinder weit weg wohnen.

«**Paten-Grosseltern**» sind deshalb die städtischen Grosseltern der Zukunft. Erfolgreiche Modelle werden bereits heute an verschiedenen Orten angewendet, etwa in der Stadt Zürich, wo viele junge Familien keine Mög-

lichkeit haben, eigene Grosseltern in die Kinderbetreuung einzubeziehen. Die Stadt Baden hat in ihrem Altersleitbild 2005 unter dem Thema «Aktivitäten und Solidarität» festgehalten, Projekte mit Paten-Grosseltern zu fördern. Wichtig ist bei solchen Modellen, dass professionelle Vermittlungsstrukturen bestehen. Diese vermitteln zwischen Eltern und Paten-Grosseltern bei Fragen der Entschädigung oder bei divergierenden Erziehungsfragen. Claudia Zinser (2005) zählt folgende Voraussetzungen für den Erfolg auf: Die Bereitstellung von Infrastrukturen, zum Beispiel einer Personalstelle, einer Vermittlungsperson, Öffentlichkeitsarbeit oder Büroinfrastrukturen; Vermittlung zum Zusammenpassen der Bedürfnisse zwischen Familie und Paten-Grosseltern oder zum Zeigen von Anerkennung; Festlegung der Rahmenbedingungen für die Paten-Grosseltern, etwa zur Schweigepflicht, die Unterzeichnung eines schriftlichen Vertrags oder die Festlegung einer Probezeit; Die Anerkennung des Ehrenamtes und das Angebot zur Weiterbildung für Paten-Grosseltern oder zum Erfahrungsaustausch.



Eine Möglichkeit für den unmoderierten Generationenaustausch bietet die **Raumgestaltung**. In der Welt nach Plan ist die gegenseitige Toleranz zur Nutzung öffentlicher Räume hoch. Denn Jugendliche, Familien, Erwerbstätige und ältere Menschen nutzen diesen mit unterschied-

lichen Ansprüchen. Hier sind die Städte und Gemeinden gefordert: Welche Orte suchen sich die Anspruchsgruppen mit Vorliebe zum Aufenthalt auf? Mit welcher Motivation nutzen sie den Raum und welche Ansprüche haben sie? Was hält sie davon ab, gewisse Orte zu meiden? Grundsätzlich tragen belebte Orte zu einer höheren sozialen Kontrolle und damit zu einem höheren Sicherheitsgefühl und einer höheren Lebensqualität im öffentlichen Raum bei. Dabei ist auf eine ausgewogene Balance zu achten. Aufgrund der Konfliktrichtigkeit durch unterschiedliche Nutzungsansprüche ist es nicht immer sinnvoll, dass öffentliche Orte von allen Gruppen gleichzeitig genutzt werden. In der Welt nach Plan können solche Nutzungskonflikte zwar nicht vermieden werden, die gesellschaftliche Toleranz ist jedoch vorhanden. In diesem Kontext genügen wenige Massnahmen wie eine neue Beleuchtung, Sitzbänke oder die Montage von Freizeitelementen, um öffentliche Räume für verschiedene Bevölkerungsgruppen aufzuwerten und Begegnungsorte zu schaffen.

Raumgestaltung:
Wohnumfeld + Wohnen

2.2 Interviews zur Anwendung der Handlungsfelder

Zwei Interviews mit Personen aus der kantonalen Verwaltung Aargau vermitteln einen Eindruck davon, wie die Handlungsfelder und Stossrichtungen anhand einer konkreten Fragestellung aus fachlicher Perspektive diskutiert und umgesetzt werden können.

Gespräche mit der
kantonalen Verwaltung

2.2.1 Die Bedeutung des Wohnstandorts für ältere Personen

Interview mit Paul Pfister,
Departement Bau, Verkehr und
Umwelt, Abteilung für
Raumentwicklung

Im Gespräch mit Paul Pfister, Leiter der Abteilung für Raumentwicklung, werden die Handlungsfelder in Bezug auf die Raumplanung diskutiert. Zentral für die Raumentwicklung ist vor allem die Frage, welche Bedeutung das Alter bei der Wohnstandortwahl und für das Mobilitätsverhalten hat.

Handlungsfeld 1:
Vorausschauen, vernetzen und
informieren

Ausgangspunkt für das Gespräch ist die Beobachtung, dass im Kanton Aargau eine Urbanisierung stattfindet. Der Druck auf die Zentren wird einerseits ausgelöst durch Erwerbstätige. Diese wählen in unsicheren Arbeitsmarktsituationen vermehrt verkehrstechnisch zentral gelegene Orte wie beispielsweise Aarau, Zofingen oder Baden als Wohnort, von denen aus die potenziellen Arbeitsorte gut erreichbar sind. Neuerdings zeigt sich auch bei den Älteren eine Wanderungsbewegung: Sie ziehen in die urbanen Räume, wo sie in der Nähe der Wohnung ein breites Angebot an verkehrstechnischer, medizinischer und kultureller Infrastruktur finden. Dies, nachdem sie teilweise Jahrzehnte in ländlichen Gemeinden verbracht haben.

Veränderungen beobachten (1.1)
und Bedürfnisse erfassen (1.2)

Aufgrund bestehender Daten ist noch zu wenig bekannt, welche Bedeutung das Alter für die Wohnstandortwahl hat. Deshalb ist sowohl ein differenziertes Monitoring der Wanderungsbewegungen, als auch die Erfassung von Wohn- und Infrastrukturbedürfnissen älterer Personen von grosser Bedeutung.

Handlungsfeld 2: Ein Umfeld für
ein selbstbestimmtes Leben
schaffen

Zur Schaffung eines Umfelds für ein selbstbestimmtes Leben sollten ideale Rahmenbedingungen geschaffen werden. Es kann nicht das Ziel sein, mit einem umfangreichen kantonalen Angebot alle Wünsche und Bedürfnisse zu erfüllen. Der Kanton solle kritisch prüfen, welche Rahmenbedingungen notwendig sind und wie die verfügbaren Instrumente zur Förderung des selbständigen Lebens eingesetzt werden können.

Zum selbständigen Wohnen
beitragen (2.4)

In der Raumentwicklung wird zurzeit ein steigender Wohnflächenbedarf im Alter beobachtet. Dieser ergibt sich einerseits aus dem Lebenszyklus der Familie - Kinder ziehen weg, ein Ehepartner stirbt - andererseits ist er eine Folge des steigenden Wohlstands und der unzeitgemässen Wohnungsangebote. Flexible Wohnformen könnten sich dem Lebenszyklus besser anpassen und es älteren Personen ermöglichen, private und gemeinschaftliche Räume zu teilen. Stattdessen werden vielerorts grosse Wohnungen mit konventionellem Grundriss gebaut: ein grosser Wohnraum für Eltern mit einem Kinderzimmer. Hier steht die Immobilienwirtschaft in der Pflicht, welche noch zu stark auf konventionellen Wohnungsbau ausgerichtet ist.

Erwerbstätigkeit im Alter
erleichtern (2.2)

Eine grosse Chance für Städte und Gemeinden besteht bei der Zwischenutzung von industriellen oder gewerblichen Bauten. Bei älteren Personen besteht ein grosses Bedürfnis, sich auch nach der Pensionierung einzubringen und hochwertige, allenfalls auch eher wertschöpfungsschwache Dienstleistungen und Nischenprodukte anzubieten. Diese Tätigkeiten erfordern ein minimales Infrastrukturangebot, beispielsweise ein Atelier oder

auch nur einen Drucker. Alte Industriegebäude würden den idealen Rahmen dafür bieten. Bei den Genossenschaften besteht ein grosses Potenzial zur Organisation und Vernetzung von Erwerbswilligen, da sie zugleich verpflichtend wirken und flexibel sind. Solche Zwischennutzungen schaffen nicht nur in Quartieren Identität. Sie ermöglichen Erwerbstätigkeit im Alter und vernetzen ältere Generationen unter- und verschiedene Generationen miteinander.

Die Anpassung der technischen Infrastruktur ist ein Kernelement der Raumplanung. Der grösste Handlungsbedarf besteht bei der Gestaltung der öffentlichen Räume, der im Kanton Aargau bisher zu wenig Gewicht verliehen wurde. Für ein hohes Sicherheitsgefühl, das mit dem Alter an Bedeutung gewinnt, sollten Strassenräume möglichst durchlässig sein. Selbstverständliche Geräte zur Bewältigung des Alltags, etwa Ticketautomaten oder Auskunftspläne, müssen altersgerecht gestaltet sein. So werden technisch weniger versierte oder motorisch eingeschränkte Personen nicht durch alltägliche Dinge von der Gesellschaft abgehängt. Für das selbständige Wohnen steht die Erreichbarkeit von Versorgungsangeboten, Naherholungsgebieten, Kultur, öffentlichen Verkehrsmitteln und Gesundheitsdienstleistungen im Vordergrund.

Technische Infrastrukturen anpassen (2.3) und zum selbständigen Wohnen beitragen (2.4)

Zur Unterstützung vielfältiger Lebensformen besteht die Notwendigkeit, die «weniger begabten» älteren Menschen abzuholen. Zu oft wird der Blick auf diejenigen gelenkt, die breite Fähigkeiten mitbringen. Was kann die räumliche Entwicklung dazu beitragen? Sie kann Orte schaffen, bei denen freiwillige Kontakte zu Gemeinschaften entstehen. Zum Beispiel durch die Erhöhung der Lebensraumqualität, was über die Agglomerationsprogramme bereits angestossen worden sei. Für das Wohlbefinden im Alter ist es wichtig, nicht alle Hindernisse im Raum wegzuräumen. Es sollten nicht Bequemlichkeiten geschaffen werden, sondern Anstrengungen auf eine positive Art gefördert werden.

Handlungsfeld 3: Vielfältige Lebensformen unterstützen. Kontakte zu Gemeinschaften fördern (3.2) und gleiche Chancen für ein gutes Wohlbefinden schaffen (3.3)

Das Gespräch mit Paul Pfister wird mit der Aussage beendet, dass zur Aktivierung des Solidaritätsgedankens eine Anerkennung einerseits und die Integration des freiwilligen Engagements in die Gesellschaft andererseits notwendig seien. Schliesslich müsse das Engagement der älteren Menschen lustbetont sein und auf den Vorzügen des Alters, nämlich einer grösseren Gelassenheit, aufbauen.

Handlungsfeld 5: Solidaritätsgedanken aktivieren

2.2.2 Demographie-Check des Schwerpunktprogramms «Gesundheitsförderung im Alter»

Im Interview mit Diana Schramek, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Kantonsärztlichen Dienst, wird das Konzept des Schwerpunktprogramms «Gesundheitsförderung im Alter» einem Demographie-Check unterzogen. Dazu werden die Inhalte des Schwerpunktprogramms an den fünf Handlungsfeldern gespiegelt. Zum Zeitpunkt des Interviews liegt erst das Konzept vor. Das Programm soll ab 2011 umgesetzt werden.

Interview mit Diana Schramek, Kantonsärztlicher Dienst, Departement Gesundheit und Soziales

Handlungsfeld 1: Vorausschauen, vernetzen und informieren	Ziel der «Gesundheitsförderung im Alter» ist der Aufbau eines kantonsweiten Netzwerks mit relevanten Organisationen aus den Bereichen Gesundheit und Alter wie etwa der Spitex oder Pro Senectute. Daneben sollen auch möglichst viele Gemeinden eingebunden werden. Diana Schramek erklärt, dass die Gemeinde für ältere Menschen der primäre und daher ein gesundheitsrelevanter Lebensraum ist, wie es die Schule für die Kinder oder der Arbeitsort für Erwerbstätige ist. Mit dem Vernetzungsgedanken trifft das Programm den wesentlichen Kern des ersten Handlungsfelds «Vorausschauen, vernetzen und informieren».
Handelnde miteinander vernetzen (1.3) und vielfältige Bedürfnisse erfassen (1.2)	Die zweimal jährlich stattfindenden Netzwerktreffen sollen die Abstimmung des Angebots der Organisationen an eine sich verändernde Nachfrage in den Gemeinden ermöglichen. Deshalb soll jede Gemeinde beim Beitritt zum Netzwerk als erstes eine Bestandsaufnahme machen: Welche Angebote gibt es bereits? Und mit welcher spezifischen Nachfrage hat es die Gemeinde zu tun? Hier spielt der Aspekt der Lebensstile hinein, der bisher wenig Beachtung bei der Gestaltung von Angeboten erhalten hat. Einerseits sollen sich die Gemeinden bewusst darüber werden, mit welchen Lebensstilen sie es zu tun haben. Andererseits erwartet das Programm von den Organisationen, dass sie ihr Angebot auf ein spezifisches «Kundensegment» ausrichten. Nur so wird ein vielfältiges Angebot gewährleistet, das unterschiedliche Bedürfnisse befriedigen und sich laufend weiterentwickeln kann.
Informationsoffensive im Kanton (1.5)	Als Informationsdrehscheibe sieht das Programm eine Website vor, welche sowohl den Organisationen als auch den Gemeinden und der betroffenen Bevölkerung einen systematisierten Zugang zu relevanten Informationen, Angeboten oder Beratung bietet.
Handlungsfeld 2: Ein Umfeld für ein selbstbestimmtes Leben schaffen	Zur Schaffung eines Umfelds für ein selbstbestimmtes Leben betont Schramek, dass die «Gesundheitsförderung im Alter» vorwiegend eine sensibilisierende und informierende Rolle übernimmt.
Bedürfnisgerechte Rahmenbedingungen (2.1), differenzierte Alterspflege (2.5) und Weiterbildung (2.6)	So sollen Organisationen und Gemeinden des Netzwerks dafür sensibilisiert werden, wie sie die Bewältigung des Alltags erleichtern und die Lebensqualität im Alter fördern können. Hierfür spielt auch der interdepartementale Austausch zwischen den verschiedenen Fachstellen (z.B. Bau und Verkehr) eine wichtige Rolle. Mit dem parallel laufenden Schwerpunktprogramm «Betriebliche Gesundheitsförderung» können Organisationen und Unternehmen zusätzlich dabei unterstützt werden, die Erwerbstätigkeit im Alter zu fördern. Die Organisationen werden aber nicht nur für die Schaffung bedürfnisgerechter Rahmenbedingungen sensibilisiert. Es geht zusätzlich darum, bekannt zu machen, dass Gesundheitsförderung bis ins hohe Alter möglich ist und dass bei der Ausbildung des Pflegepersonals soziale Aspekte für eine differenzierte Alterspflege berücksichtigt werden sollen. Informelle und formelle Weiterbildungen hierzu werden bereits von vielen Organisationen in grosser Fülle angeboten. Die Website des Programms soll

deshalb eine Plattform bieten, das Angebot zu systematisieren und zu bündeln.

Einen Schritt über die übliche Denkweise hinaus macht das Konzept mit der Thematisierung der Anpassung von technischer Infrastruktur und von Angeboten für selbständiges Wohnen. Es sind Themen, die vordergründig nicht mit Gesundheit und Pflege in Zusammenhang stehen. Schramek sieht hier ein besonderes Potenzial bei den Regionalplanungsverbänden: diese sollen dazu ermutigt werden, nicht nur die Spital- und Pflegeversorgung auf regionaler Ebene sicherzustellen, sondern den Blick zu öffnen. So sind beispielsweise weitere Infrastrukturen, etwa im Bereich Mobilität und Wohnen, gemeinsam an die veränderten Bedürfnisse anzupassen.

Anpassung technische Infrastruktur (2.3) und selbständiges Wohnen (2.4)

Der Inhalt des dritten Handlungsfelds ist zugleich der eigentliche Kerngedanke der «Gesundheitsförderung im Alter»: Vielfältige Lebensformen unterstützen und gleiche Chancen für ein gutes Wohlbefinden, gute Gesundheit und den Erhalt der kognitiven Fähigkeiten schaffen (Stossrichtung 3.3). Die Organisationen sollen dazu verpflichtet werden, mit der Berücksichtigung individueller Lebensbiographien die Potenziale jedes einzelnen zur Gesundheitsförderung zu nutzen. Zur Erleichterung des Zugangs zu Hilfsmitteln und Dienstleistungen wird auf neue Kommunikationsmittel gesetzt (Stossrichtung 3.1): die Website als koordinierendes Instrument zwischen Nachfragenden und Anbietenden. Die Förderung des Kontakts zur Gemeinschaft wiederum wird in die Verantwortung der Gemeinden als primäre Lebensräume der Älteren gelegt (Stossrichtung 3.2).

Handlungsfeld 3: Vielfältige Lebensformen unterstützen, Zugang zu Unterstützung (3.1), Kontakte (3.2) und Wohlbefinden (3.3)

Die Einforderung von Eigenverantwortung spielt im Programm primär als individuelle gesundheitliche Vorsorge eine Rolle. Eine besondere Herausforderung besteht bei der Aktivierung derjenigen Älteren, welche kaum für gesundheitliche Vorsorge sensibilisiert sind. Heute gibt es noch wenige Erfahrungen mit erfolgreichen Zugängen und Anreiz-Modellen. Strategien wären beispielsweise, Bewegung oder andere gesundheitsfördernde Aktivitäten mit kulturellen oder gesellschaftlichen Aktivitäten zu kombinieren. Zur Unterstützung der Eigenverantwortung und zur Orientierung bei der Wahl des richtigen Angebots zeichnet das Programm Organisationen und Gemeinden mit einem Label aus, das bei der Erfüllung bestimmter (Qualitäts-)Kriterien verliehen wird.

Handlungsfeld 4: Eigenverantwortung einfordern. Anreize zur privaten Vorsorge (4.1) und Überprüfung der altersspezifischen Dienstleistungen (4.2)

Zur Aktivierung des Solidaritätsgedankens spricht die «Gesundheitsförderung im Alter» nicht nur ältere Personen an: Die Entlastung der pflegenden Angehörigen und insbesondere der Beitrag zum Abbau von Doppelbelastungen sind ebenfalls wichtige Themen (Stossrichtung 5.1). Zur Unterstützung eigen initiiierter Projekte wird ein Budget für Pilotprojekte bereitgehalten – damit rennt das Programm offene Türen ein. Denn diese Forderung kam sowohl von den Senioren als auch von den Ärztevertretern, die bei der Programmgestaltung beteiligt waren, regelmässig und mit Nachdruck (Stossrichtung 5.2). Die Förderung gemeinschaftlicher Lebensstrukturen legt das Programm in die Hände der Gemeinden, wo bereits vielfältige An-

Handlungsfeld 5: Solidaritätsgedanken aktivieren, informelle Pflege fördern (5.1), eigen initiierte Projekte unterstützen (5.2), gemeinschaftliche Lebensstrukturen fördern (5.3)

gebote wie Mittagstische oder Unterstützung im Schulunterricht vorhanden respektive angedacht sind (Stossrichtung 5.3).

Besondere Aspekte des
Programms

Abschliessend betrachtet nimmt das Programm «Gesundheitsförderung im Alter» aus sämtlichen Handlungsfeldern wichtige Impulse auf. Innovativ gegenüber früheren Ansätzen ist, dass Organisationen bewusst auf eine Differenzierung des Angebots gelenkt werden und sich im Austausch mit Gemeinden weiterentwickeln; Gemeinden werden sensibilisiert, Vielfalt und ein eigenes «Bedürfnisprofil» zu akzeptieren und die Lebensstile der eigenen Bevölkerung besser kennen zu lernen. Schliesslich setzt das Programm trotz älterer Kundschaft auf die integrierende Kraft des Internets, als niederschwelliges Kommunikationsmittel und Vermittlerin.

3 Fazit und Empfehlungen für die Kantone

Der demographische Wandel und die sich verändernden Bedürfnisse älterer Menschen werden in dieser Studie aus einer breiten Zugangsweise beleuchtet. Zum Schluss werden die Erkenntnisse aus den einzelnen Erarbeitungsschritten auf die relevanten Aussagen reduziert und zu Handlungsempfehlungen für die Kantone abgeleitet, die aus Sicht der Studie sinnvoll sind. Zu jeder Empfehlung werden Vorschläge für Leitprojekte gemacht, die vom Kanton initiiert werden können.

Breite Zugangsweise - Reduktion auf Kernaussagen

3.1 Empfehlungen für die Kantone

Zu den zentralen Erkenntnissen gehört, dass der untersuchte Aspekt des demographischen Wandels alle Bereiche öffentlichen Handelns betrifft. Die Veränderungen werden tiefgreifend sein, wenn sie auch schleichend und erst langfristig spürbar sind. In der Verwaltung ist noch zu wenig spezifisches Wissen zu den veränderten Bedürfnissen der älteren Generationen vorhanden. Über welche Mittel verfügen sie? Wie möchten sie sich engagieren und an der Gesellschaft teilhaben? Gleichzeitig zeigt die Herleitung der Zukunftsszenarien, dass künftig verschiedene Welten denkbar sind. Die Planung kann sich nicht nur auf ein bestimmtes Szenario einstellen. Deshalb sollten relevante Trends beobachtet und regelmässig an den kantonalen Strategien gespiegelt werden. Für die Kantone bedeutet dies, dass sie ihre Wissensbasis für eine zielgerichtete Politik deutlich ausbauen sollte. Das dezentral verteilte vorhandene Wissen muss stärker vernetzt werden, damit Synergien genutzt werden können. Dazu sind entsprechende Strukturen notwendig.

Wissen über tiefgreifende Veränderungen in allen Bereichen aufbauen

Leitprojekte:

- Aufbau eines Demographie-Monitorings, idealerweise zu denselben Indikatoren in allen Kantonen der Schweiz. Eine schweizweite Beobachtung könnte in Absprache mit dem Bundesamt für Statistik initiiert werden (siehe Massnahme zu Stossrichtung 1.1).
- Vertiefung des Demographie-Monitorings zum Thema Wohlstand (Einkommen, Vermögen, Erbschaften, Immobilienbesitz).
- Regelmässige Befragungen zu den Bedürfnissen und Partizipationswünschen älterer Personen (siehe Massnahme zu Stossrichtung 1.2)
- Aufbau eines Austausches mit der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN und dem Gemeindec cockpit. Erweiterung des Aufgabenspektrums der heutigen Arbeitsgruppe um eine Sammlung von Best Practice und um Kontakte im internationalen Umfeld (siehe Massnahmen zu Stossrichtung 1.3). (siehe Massnahmen zu Stossrichtung 1.3).

Orientierung der Alterspolitik
an differenziertem Bild

Die Konkretisierung der Lebensstile macht deutlich, dass Alter nicht mehr gleich Alter ist. Die Unterschiede in der Lebensweise im dritten Lebensabschnitt werden immer grösser und das Bild der Alten als Bevölkerungsgruppe, «die es zu stützen und unterstützen gilt», entspricht nicht mehr der Realität. Daneben zeigen die fünf Handlungsfelder, dass eindimensionale Lösungen kaum möglich sind, die Zusammenhänge sind zu komplex. Selbständigkeit, Eigenverantwortung, Unterstützung und Solidarität – gefordert ist eine gesamthafte Betrachtung. Daraus folgt für den Kanton einerseits, dass sich die künftige Alterspolitik an einem differenzierten Bild orientieren soll. Die Angebotspalette muss in allen Bereichen vielfältiger gestaltet werden. Andererseits soll sie einen stark querschnittsorientierten Charakter aufweisen und sich nicht mehr wie bisher auf Fragen zu Pflege und Altersvorsorge beschränken. Unterschiede sollen dabei sowohl innerhalb der älteren Generation als auch in Relation zu den jüngeren Generationen thematisiert werden. Denn im Alter äussern sich die Lebensstile aus den jungen Jahren.

Leitprojekt: Entwicklung eines Altersleitbildes

Entwicklung räumlich
unterschiedlicher Strategien

Die beschriebenen Lebensstile erfordern zu ihrer Entfaltung ein bestimmtes räumliches und gesellschaftliches Umfeld. Städte, Agglomerationen und der ländliche Raum weisen nicht dieselbe Zusammensetzung der älteren Bevölkerung auf. Daraus ergibt sich für den Kanton die Notwendigkeit nach einer Alterspolitik, die unterschiedliche räumliche Strategien aufweist. Das heisst zunächst, dass die Regionen, Gemeinden und Städte ihre eigene Bevölkerung besser kennenlernen müssen: Wer wohnt in der Gemeinde? Welche spezifischen Herausforderungen ergeben sich daraus?

Leitprojekt: Modellierung von verschiedenen Ausprägungen von Lebensstilen für ausgewählte Regionen oder Gemeinden. Bereitstellung von Methoden für interessierte Behörden (siehe Massnahme zu Stossrichtung 1.2)

Gezielt Diskussionen in Politik
und Öffentlichkeit initiieren

Das erste Handlungsfeld «Vorausschauen, vernetzen und informieren» unterscheidet sich von den weiteren Handlungsfeldern. Es bildet die Wissensbasis und Ausgangslage für eine zukunftsgerichtete Politik. Aus Sicht der Studie können die fünf Stossrichtungen ab sofort umgesetzt werden, orientiert an den vorgeschlagenen Massnahmen. Die weiteren Handlungsfelder müssen in und zwischen den verschiedenen Disziplinen diskutiert und vor dem Hintergrund des politischen Willens umgesetzt werden. Schweizweit sind in verschiedenen Bereichen bisher wenige Anzeichen einer politischen oder öffentlichen Diskussion erkennbar. Die Kantone können dies als Chance nutzen und gestützt auf fachliche Erkenntnisse einzelne Themen in Politik und Öffentlichkeit auf die Agenda setzen. Zur Stärkung der Haltungen können diese weiterentwickelt und gegenüber dem Bund vertreten werden. Die Themen können beispielsweise über die Konferenzen der Kantone vorangetrieben werden.

Leitprojekte:

- Zu den relevanten Themen gehören: Ethische Fragen zum Wert des Lebens (Stossrichtung 2.5), Flexibilisierung der Altersschranke (Stossrichtung 2.2), staatliche Unterstützungsleistungen im Kontext steigenden Wohlstands (Stossrichtung 4.2), Anpassung der Sozialversicherungssysteme an individuelle Lebensläufe (Stossrichtung 3.5), Umverteilungen im Hinblick auf die quantitative Veränderung der Bevölkerungsstruktur (Stossrichtung 4.3).
- Fokussieren kann der Kanton auf die politische Diskussion zur Rolle der öffentlichen Hand, der Privatwirtschaft und der zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie zum Eigenbeitrag der älteren Menschen.

Das längere Leben bei meist guter Gesundheit, das grosse Wissen und der hohe Wohlstand der Babyboomer bieten Wirtschaft und Gesellschaft ein grosses Potenzial, das noch zu wenig genutzt wird. Gestaltet der Kanton die gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend und schafft er die richtigen Anreizsysteme, beispielsweise für Freiwilligenarbeit, kann sich dieses Potenzial besser entfalten. Daneben sind dringend neue Wohnformen notwendig, welche den sich wandelnden Bedürfnissen der älteren Bevölkerung entsprechen (Einhelliges Zitat aus den Fokusgruppen: «Bloss nicht ins Altersheim mit alten Leuten...!»). Eine wichtige Aufgabe des Kantons wird die «altersgerechte» Weiterentwicklung von öffentlichen Räumen und der technischen Infrastrukturen sein. Die Förderung der Durchgängigkeit von Pflegeangeboten über die individualisierten Angebote hin zum Pflegeheim oder die Mitarbeit des Kantons bei der Konzeption von integrierter Pflege sind wichtig für den allmählichen Übergang aus der Selbständigkeit in die Pflegebedürftigkeit.

Inhaltliche Schwerpunkte bei der Umsetzung der Handlungsfelder setzen

3.2 Nächste Schritte

Die Studienverfasser empfehlen dem Kanton folgende nächste Schritte:

- Bewertung der Handlungsfelder und dazugehörigen Stossrichtungen nach Aufgaben, für die sich der Kanton entweder als primär zuständige Institution erachtet oder nach Themen, bei denen sich der Kanton als Initiator für eine Diskussion profilieren möchte.
- Bewertung der Empfehlungen aus Kapitel 6.1 zur Umsetzung; anschliessend Festlegung des kurz-, mittel- und langfristigen Handlungsbedarfs.

Nächste Schritte

Im Wissen darum, dass der demographische Wandel mit hoher Komplexität und Unsicherheiten verbunden ist, soll diese Studie eine Grundlage für ein strukturiertes, zielgerichtetes Vorgehen bieten.

Strukturierung des weiteren Handelns

A1 Literatur und Quellen

Dieser Bericht beinhaltet die Erkenntnisse aus dem zweiten Teilprojekt zu den «Konsequenzen des demographischen Wandels: Vielfältige Lebensstile im Alter». In Teil 1 wurden «Zukunftsszenarien für die öffentliche Verwaltung auf kantonaler Ebene» hergeleitet.

Die Erkenntnisse basieren auf Literatur und Experteninterviews, die in der Folge aufgeführt werden.

Literatur Chancen + Herausforderungen (Teil 1, Kapitel 2)

- AALIANCE (2008): Ambient Assisted Living, Policy Recommendations.
- Backes, Gertrud et al (2008): Potenziale und Ressourcen des Alterns im Kontext von sozialer Ungleichheit und Langlebigkeit, in: H. Künemund, K.R. Schroeter (Hrsg): Soziale Ungleichheiten und kulturelle Unterschiede in Lebenslauf und Alter.
- Beobachter (04/2010): 50 plus.
- Bundesamt für Statistik (2009): Die Zukunft der Langlebigkeit in der Schweiz.
- Egger, Marcel et al. (2008): Arbeitsfähigkeit und Integration der älteren Arbeitskräfte in der Schweiz. SECO Publikation Arbeitsmarktpolitik No 24.
- ETH Globe (03/2010): Im Fokus: Wie wir morgen alt werden
- EU (2008): Overview of the European strategy in ICT for Ageing Well
- EU (2008): Seniorwatch 2. Assessment of the Senior Market for ICT Progress and Developments.
- Hamedinger, Alexander (2009): Zusammenleben der Generationen und Kulturen.
- Höpflinger, François und Pasqualina Perrig-Chiello (2009): Die Babyboomer.
- Höpflinger, François und Astrid Stuckelberger (1999): Demographischer Alterung und individuelles Altern.
- Häberlin Udo und Ursula Hübel (2009): sALTo. Gut und selbstbestimmt älter werden im Stadtteil. Präsentation beim Round Table Nachhaltiges Österreich, November 2009.
- Kanton Aargau (2009): Bevölkerungsprognose 2009.
- Kanton Aargau, Staatskanzlei (2009): Zwischenbericht demographische Entwicklung.
- Kanton Aargau, DGS (2008): Gesundheitspolitische Gesamtplanung

- Kersten, Anne (2009): Generationenbeziehungen als gesellschaftliche Ressource – Konzepte und Messversuche.
- Seco, Synthesebericht (2005): Partizipation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Schenkel, Walter und Uwe Serdült (2002): Bundesstaatliche Beziehungen. Handbuch der Schweizer Politik, Zürich: NZZ Verlag: 469-506.
- Strohmeier, Rahel (2009) A Comparative Study on Generation Policies in Denmark, Italy, France, Germany and in the UK. <http://www.generationen.ch> → Fachtexte/Publikationen.
- Schelling, Hans Rudolf und Alexander Seifert (2010): *Internet-Nutzung im Alter. Gründe der (Nicht-)Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) durch Menschen ab 65 Jahren in der Schweiz*. Zürcher Schriften zur Gerontologie.
- Wilkoszewski, Harald Age (2009): Trajectories of Social Policy Preferences
- Ziegler, Uta und Gabriele Doblhammer (2007): Geschlechterdisparitäten in der familiären Lebenssituation Älterer und ihre Auswirkungen auf den zukünftigen häuslichen und institutionellen Pflegebedarf
- Fög research papers: diverse zu den Themen «Medienwandel und Qualität» sowie «Politische Kommunikation».

Literatur zu Lebensstilen im Alter (Teil 1, Kapitel 3)

- François Höpflinger, Pasqualina Perrig-Chiello (2009): Die Babyboomer. Eine Generation revolutioniert das Alter. Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- François Höpflinger, Wandel des Alters – neues Alter für neue Generationen. Die zweite Lebenshälfte – dreifache Wandlungsprozesse. www.hoepflinger.com
- Caroline Kramer, Carmella Pfaffenbach (2007): «Alt werden und jung bleiben – Die Region München als Lebensmittelpunkt zukünftiger Senioren». Raumforschung und Raumordnung, 5/65: 393-406.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): Wie wollen wir künftig leben? Expertise zu Lebensstilen, Interessenlagen und Wohnbedürfnissen älterer Menschen. www.mgffi.nrw.de

Literatur zu den Massnahmen (Teil 2, Kapitel 2)

- Bundesamt für Sozialversicherungen BSV (2008): Zeitgutschriften für die Begleitung, Betreuung und/oder Pflege älterer Menschen. Literaturübersicht und Einschätzungen von Experten aus der Praxis.
- Bundesamt für Statistik (2004): Bericht zur Freiwilligenarbeit.
- Die Welt (1998): Altersheim für Drogensüchtige. Stadt Rotterdam kümmert sich um eine außergewöhnliche Randgruppe. Ausgabe vom 28.11.1998.
- Migros Kulturprozent, Generationenakademie
www.generationenakademie.ch
- Riedmüller, Barbara und Michaela Willert (2009): Aktuelle Vorschläge für eine Mindestsicherung im Alter.
- Ruud Muffels et al. (2008): Flexibility and security over the life course.
- Schäffler, Florian (2010): Über «Junkies, die in die Jahre kommen». Sozial Extra 34 (7): 46-49.
- Schefer, Cécile: «Komplementärwährung in der Spitex. Das Spitex-Zeittausch-Modell»
- The Age and Employment Network TAEN (2003): Challenging Age: Information, Advice and Guidance for Older Age Groups
- VLP-ASPAN: (2010): Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Gutachten im Auftrag des Bundesamtes für Wohnungswesen BWO. Raum & Umwelt 1/10.
- Wandeler Elsbeth (2008): Ausländisches Pflegepersonal: Chancen und Risiken. Referat anlässlich der Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik (SGGP), vom 6. Mai 2008: Offene Grenzen – Chance oder Gefahr für das Gesundheitswesen?
- Zinser, Claudia (2005): Aktive Seniorinnen und Senioren betreuen Kinder. Eine Arbeitshilfe für die Lokalen Bündnisse für Familie.

Interviews zu Chancen + Herausforderungen des demographischen Wandels im Kanton Aargau

- Thomas Buchmann, Amt für Wirtschaft und Arbeit, Kanton Aargau
- Peter Grünenfelder, Staatsschreiber, Kanton Aargau
- Regina Kuratle, Departement Bildung, Kultur und Sport, Kanton Aargau
- Paul Pfister, Abteilung Raumentwicklung, Kanton Aargau
- Margrit Schärer, Departement Gesundheit und Soziales, Kanton Aargau
- Diana Schramek, Gesundheitsförderung, Kanton Aargau

- Peter G. Schütz, Abteilung Verkehr, Kanton Aargau
- Arie Hans Verkuil, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW

Datenquellen

Diese Studie wurde mit der Datenbasis der jährlich stattfindenden repräsentativen Umfrage «Leben in der Schweiz» (1999-2008) des Schweizer Haushalts-Panels (SHP) erstellt. Das SHP wird durchgeführt von FORS, dem Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften. Die Umfrage wird vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert.

Weitere Datenquellen:

- Statistisches Amt Kanton Aargau
- Bundesamt für Statistik

Bilderquelle

Bild auf Seite 4: www.aarau.ch